

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohnenkungspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungskarte Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gepaßte Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Salz der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer fällt 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Sozialpolitische Aufgaben in Italien.

* Leipzig, 3. April.

Wenn man die Sozialpolitik des Ministeriums Banadelli-Giolitti ernst nehmen soll, so kann sie sich nicht auf eine gewisse Toleranz beschränken. Es ist gewiss anerkennenswert, wenn man den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht zugestellt, obgleich das in einem modernen konstitutionellen Staatswesen eigentlich nur etwas Selbstverständliches sein sollte. Dies Koalitionsrecht wird obendrein manchmal sehr unerfreulich illustriert durch Bojonette, die in den Streikgebieten erscheinen und die steis gegen die Arbeiter gerichtet sind. Die Zustände Italiens erfordern zunächst eine positive Reformpolitik. Wie sehr die Arbeiterschutzgesetzgebung in diesem Lande im Argen liegt, ist bekannt, und wenn das Ministerium gegenüber dem Koalitionsrecht nicht so ängstlich ist wie andere Regierungen, so könnte es sich auch entschließen, mit einschneidenden Maßregeln auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes vorzugehen. Diese Regierung sollte sich das Ziel stellen, die deutsche Sozialgesetzgebung, die so vielfach als ein Muster für alle modernen Staaten bezeichnet wird, zu überflügeln, und vor allen Dingen einen den Umständen angemessenen Normalarbeitsstag für erwachsene männliche Arbeiter, welcher der Edelstein einer jeden zeitgemäßen Sozialgesetzgebung sein muss, einzuführen. Die Regierung, die sich entschließen würde, einen neuen oder nur zehnständigen Normalarbeitsstag zu befürworten, würde der Welt ein großes Beispiel geben. Desgleichen müsste der Arbeiterschutz auch auf das Land übertragen und damit die verlogene Behauptung der Latsifundienbesitzer, so etwas sei „unmöglich“, widerlegt werden. Man kennt die Zustände in den Schiefergruben Siziliens und auf den Reisfeldern der Romagna, die eines Kulturstates so unwürdig sind, daß man jeden Tag, den sie weiter bestehen, für Italien als einen verlorenen betrachten muß.

Dieses von der Natur so reich gesegnete und zu jedem Glücke bestimmte Land hat bei allen Umwälzungen und unter dem unaufhörlichen Wechsel der politischen Formen nur eine Zunahme der Ausbeutung des Menschen durch die Klassenherrschaft und eine Vertiefung des sozialen Elends erfahren. Die alte Zersplitterung ist aufgehoben und das Papitum, des Kirchenstaats endlich beraubt, das wie ein Schmarotzer im Fleische Italiens hing, ist nur noch ein Schatten seiner früheren Macht. Aber wie einst noch dem

historischen Zeugnis des Plinius die Latsifundien, in Viehweiden umgewandelt, das alte Italien zu Grunde gerichtet haben, so wurde durch das Latsifundiensystem von heute die Landbevölkerung in Knechtschaft und Elend, in eine neue Sklaverei gestürzt, und es muß als eine der erfreulichsten Ercheinungen der ganzen neueren Geschichte Italiens bezeichnet werden, daß die ländlichen Arbeiter sich das Koalitionsrecht und damit auch zugleich einige nicht unbeträchtliche materielle Vorteile erringen konnten. Der Terrorismus der Großgrundbesitzer scheint allerdings mit dem Wachstum der ländlichen Arbeiterbewegung noch gleichen Schritt halten zu wollen, was freilich auf die Daner nicht gehen wird.

Wie schlimm die Zustände Italiens sind, das beweist die alljährlich so ziemlich in gleichem Maße wiederkehrende Erscheinung der massenhaften Auswanderung italienischer Arbeiter. Diese Leute können in ihrer Heimat keine Arbeit finden — lohnende Arbeit schon gar nicht. Deutschland und Frankreich sind die Länder, welche diese Auswanderung hauptsächlich zum Ziel hat; ein starkes Kontingent geht auch nach Südamerika. In Zeiten der Krise wird diese Auswanderung für die erwähnten europäischen Länder drückend und bekanntlich haben die Konkurrenzämpfe zwischen italienischen und französischen Arbeitern schon zu blutigen Katastrophen geführt. Wenn die Italiener als Vohndritter austreten, so machen wir das den Arbeitern selbst nicht zum Vorwurf; sie haben sich, dabein jene Bedürfnislosigkeit angewöhnt, die allein es ihnen ermöglichte, unter den heutigen Verhältnissen überhaupt noch zu leben. Die Unternehmer sind es, die diese Bedürfnislosigkeit ausnutzen und damit die Löhne drücken. Sie sollten es unterlassen, in dieser Zeit der Krise, da bei uns noch kaum eine Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu versprechen ist, massenhaft Italiener als Konkurrenten der deutschen Arbeiter heranzuziehen. Über die italienischen Arbeiter, zum großen Teil auch noch durch Agenten herbeigezogen, wissen recht wohl, daß der "Patriotismus" der deutschen Unternehmer beim Geldbeutel aufhört und daß sie sich auf die "Vaterlandslosigkeit" der meisten derselben verlassen können. Zwar haben im vorigen Jahre zahlreiche italienische Arbeiter Deutschland wieder verlassen müssen, da für sie keine Arbeit zu finden war. Viele waren auch von Agenten geprallt worden. Das alles hat aber nicht verhindert, daß in diesem Jahre der Zugang italienischer Arbeiter so stark ist, wie kaum jemals. Er hat sogar trotz der Krise in diesem Jahre ungewöhnlich früh begonnen. Vom Bodensee wird gemeldet, daß dort gewöhnlich 400 bis 500 Mann, manch-

mal sogar bis 700 Mann an einem Tage über den See befördert werden, die dann sich in den deutschen Staaten ausbreiten. Man kann sie auf den Bahnhöfen Süddeutschlands und der Reichslands zahlreich sehen und dabei auch noch die Erscheinung beobachten, daß die Übersiedlung ganzer Familien häufiger ist als früher.

Der deutschen Arbeiterwelt, die von der schrecklichen Geisel der Arbeitslosigkeit so schwer heimgesucht wird, muß diese Masseneinwanderung in einer Periode der Krise die schwersten Besorgnisse verursachen. Der deutsche Arbeiter, in einem rauheren Klima herangewachsen, kann sich nun einmal die "verdammte Bedürfnislosigkeit" des Italieners nicht anwöhnen, der sich oft mit einer Nahrung beschreitet, die der Deutsche absolut nicht genießen könnte. Der deutsche Arbeiter braucht mehr zum Erhalt seiner verbrauchten Kräfte, und seine Ernährung muß bei den durch die ausländische Konkurrenz gedrückten Löhnen meist eine ungünstige bleiben.

Die deutschen Arbeiter, so sehr sie unter dieser Konkurrenz leiden, haben nie die Gehässigkeit gezeigt, wie sie in anderen Ländern gegen die Italiener zu Tage getreten ist. Der klassenbewußte deutsche Arbeiter begreift, daß der Italiener eben genau so das Opfer seiner heimischen sozialen Verhältnisse ist, wie der chinesische Kuli.

Aber diese Dinge legen der italienischen Regierung die Pflicht auf, ihre Sozialpolitik dementsprechend einzurichten. Sie kann, als die Regierung eines Klassenstaats, die Kalamität nicht aus der Welt schaffen. Über sie kann vieles dagegen thun. Sie kann eine Regelung der Arbeitszeit anstreben; sie kann bei den öffentlichen Arbeiten in Staat und Gemeinde für mehr Beschäftigung sorgen und sie kann, wenn sie das will, wofür sie sich ausgiebt, eine internationale Verständigung über Durchführung von Arbeiterschutzmaßregeln anregen, die vielleicht bis zu einem gewissen Grade schon durchgeführt worden wäre, wenn Bismarck sie nicht wieder hintertrieben hätte, dessen Gehässigkeit gegen die Arbeiter keine Grenzen kannte. In solchen Dingen ist es besser, wenn vorläufig auch nur verhältnismäßig geringes erreicht wird, als wenn der Ausbeutungsfreiheit gar keine Schranken gezogen ist. Ohnehin müssen die Biegstandisse schriftweise dem verhärteten Egoismus der besitzenden Klassen abgerungen werden — wenigstens in diesem Moment.

Wir haben leider keine allzu große Hoffnung, daß die italienische Regierung sich als allen diesen Aufgaben vollkommen gewachsen erweisen wird. Sie treibt zu viel Schauspielpolitik.

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zum 1. Mai, dem Weltfeiertag des internationalen Proletariats!

Senilleton.

15)

Ehepaar Orlow.

Von Maxim Gorjat.

Übersetzt von Michael Gerasanoff.

"Ach, wenn Du mich doch tötest!" sagte Matrena, tief aufseufzend, machte sich von seiner Hand los und wandte sich von neuem von ihm ab. Und Grigorij selbst wich plötzlich vor ihr zurück. Er war bestürzt, nicht über das, was sie sagte, sondern über den Ton, in dem sie es sagte. Er hatte jene Worte schon mehr als einmal aus ihrem Munde vernommen, aber so hatte sie sie noch nie gefragt. Und daß sie sich ohne Furcht vor dem Messer von ihm weggewendet hatte, vermehrte sein Erstaunen und seine Verblüffung. Einige Sekunden vorher wäre es ihm leicht gefallen, sie zu schlagen, aber jetzt konnte er es nicht und wollte es auch nicht. Fast erschrockt durch die Gleichgültigkeit gegen seine Drohung schleuderte er das Messer auf den Tisch und fragte sie mit stumpfer Wut:

"Zum Teufel! Was willst Du eigentlich?"

"Nichts will ich, nichts!" rief Matrena gepreßt. "Aber Du, was willst Du? Bist Du gekommen, mich totzuschlagen? Nun, so thu's nur!"

Grigorij sah sie an und schwieg. Er wußte nicht, was er thun sollte und er brachte keine Klarheit in seine verworrenen Empfindungen. Er war mit der bestimmten Absicht gekommen, über die Frau zu triumphieren. Gestern bei ihrem Streit war sie stärker geworden als er, das fühlte er, und das erniedrigte ihn

vor sich selbst. Sie sollte sich unbedingt wieder vor ihm beugen, er begriff nicht, weshalb das nötig sei, aber es stand bei ihm fest, daß es nötig sei. Eine leidenschaftliche Natur — hatte er in diesen vierundzwanzig Stunden viel durchlebt und durchdacht und — als unwillender Mensch — wußte er sich in dem Chaos von Gefühlen nicht auszufinden, die die ihm von seiner Frau fühn entgegengelebten, der Wahrheit entsprechende Beischuldigung in ihm erweckt hatte. Er begriff, daß das eine Auseinandersetzung gegen ihn war, und er brachte das Messer mit, um Matrena zu erstechen; er hätte sie auch getötet, wenn sie seinem Verlangen, sie zu unterdrücken, nicht solch einen passiven Widerstand geleistet hätte. So aber stand sie vor ihm, wehrlos, von Gram erfüllt — und dennoch stärker als er. Es wunderte ihn, das sehn zu müssen, und dies Gefühl wirkte ernüchternd auf ihn.

"Hörte — Du!" sagte er. "Du, sei nicht widerspenstig! Du weißt, wahrhaftig, ich gebe Dir eins in die Seite . . . und aus ist es! — Und die ganze Geschichte hat ein Ende! . . . Schr einfach . . ."

Da er wußte, daß seine Worte keine Wirkung hatten, verfummte Grigorij. Matrena stand immer noch von ihm abgewandt und rührte sich nicht. Sieberhaft schnell ging etwas in ihr vor, wie eine Abrechnung über alles, was sie bis jetzt mit ihrem Manne erlebt hatte, und wieder pochte die zwingende Frage: "Was soll nun werden?"

"Motja!" sagte Grigorij plötzlich leise, indem er sich mit der Hand auf den Tisch stützte und sich zu seiner Frau niederbeugte. "Bin ich denn schuld, daß alles so ist . . . nicht in Ordnung ist? . . . Mir ist ja so schlimm zu Mute!"

Er drehte den Kopf hin und her und seufzte:

"Mir ist so schlimm zu Mute! Mir ist ja eng . . . der

Welt! Ist denn das etwa ein Leben? Da sind die Cholerafanten — was sind sie? Können sie mir etwa helfen? Die einen werden sterben und die anderen werden genesen, ich aber muß weiterleben. Aber wie? Das ist ja kein Leben . . . der reine Kampf ist es . . . soll einen das nicht kränken? Ich weiß es doch ganz genau, nur, ich kann's nicht so sagen . . . daß ich so nicht leben kann . . . aber wie ich es nötig hätte . . . weiß ich nicht! Die da kuriert man und erweist ihnen alle mögliche Aufmerksamkeit . . . ich bin ja gesund, aber wenn meine Seele krank ist, bin ich denn besser daran als sie? Du, denk doch nach, ich bin doch schlimmer daran wie ein Cholerafunker . . . ich habe im Herzen Krämpfe . . . da steht der Haken . . . Du aber schreist mich an . . . Du meinst, ich wäre ein Vieh? Ein Säufer . . . und sonst nichts? Ach Du . . . was bist Du für ein Weib! Von Holz . . ."

Er sprach leise und deutlich, aber sie hörte ihn kaum. Sie war zu sehr mit ihrer Kritik der Vergangenheit beschäftigt.

"Also, Du schweigst . . ." sagte Grischa und lauschte dabei auf ein neues, starkes Gefühl, das in ihm wuchs. "Warum aber schweigst Du? Was willst Du?"

"Nichts will ich von Dir!" rief Matrena aus. "Was hast Du auf mich los, was quälst Du mich? Was ist denn los?!"

"Was! Ja das . . . also . . ."

Aber da fühlte Orlow, daß er ihr nicht sagen könne, was er gerade wollte — es so zu sagen, daß sie es auch gleich ohne weiteres verstehen könnte. Er begriff, daß sich schon etwas zwischen sie geschoben hatte, etwas, das sich nicht mehr mit Worten zerschlagen ließ, wie ein Stein.

Möglich läßt es hell eine wilde Wut in ihm auf. Er

Politische Übersicht.

Syllabus redivivus.

Papst Leo XIII. hat, im Gegensatz zu seinem streitbaren Vorgänger, das Vorurteil eines gemäßigten, konservativen Weltens für sich. Während Pio Nono im Syllabus alle Wissensartikel der modernen Welt einzeln zeigte und sie samt ihren Bekennern schließend und vollständig dem höllischen Feuer überantwortete, ist sein Nachfolger literarisch mit einer Art sozialer Friedenschrist hervorgetreten, welche die Feuerkämpfe der heiligen Gesellschaft durch Besprechung mit fröhlichen Sprüchen und Wünschen zu heilen versucht. Und wenn der Kämpfshahn Pius IX. es im Laufe seiner Regierung fertig brachte, mit allen Mächten der Welt Händel anzufangen, so sah Leo XIII. seine Lebensaufgabe darin, die durch seinen Vorgänger angezettelten Kriege durch möglichst vorstehende Friedensschlüsse zu beenden.

Nun hat der hochbelagte „Friedenspapst“ sein geistiges Testament verfaßt. Es ist aber nichts weniger als ein Pronunciamiento des Friedens; es klingt vielmehr wie eine Stimme aus dem Mittelalter, aus der Zeit der Gegenreformation, da der wiedererstärkte Katholizismus sich anschickte, die Welt von neuem zu erobern. Durch all die verbindlichen Wendungen dringt unverkennbar das Bekennen hindurch, daß die christliche Kultur, speziell die christkatholische, die römische Kultur, der geschworene Feind unserer gesamten modernen Kultur ist, daß unser ganzes heutiges Gesellschafts- und Rechtsleben, unser wissenschaftliches und geistiges Leben, in den Augen des höchsten Vertreters der katholischen Kirche ein höllischer Greuel ist, daß alle Erscheinungen unserer heutigen Kultur des gleichen Fluches würdig sind.

Es ist an der Zeit, daß der Liberalismus wieder einmal sich zu seiner Weltanschauung bekannte, zumal da der bequeme Liberalismus unserer Tage die Todfeindschaft der Kirche längst gerne vergessen und sich am liebsten mit einem gemäßigten Vermittlungskonservatismus vertragen würde, insbesondere seit er den „Materialismus“ der Arbeiterklasse verabscheuen gelernt hat. Leo XIII., den der Liberalismus uns immer zum „Friedenspapst“ aufgeschwindet hat, bekannte, daß die Kirche von heute noch nicht das faule Fleisch gemäschlicher Beschaulichkeit angezeigt hat, daß sie kein Titelchen von ihrer grundsätzlichen Todfeindschaft gegen die Kultur des Liberalismus preisgegeben hat und daß ihre derzeitige Mäßigung nur eine opportunistische, durch die Macht der Verhältnisse erzwungene ist.

Aus einer Reihe historisch bekannter Ursachen erhob die sogenannte Reformation des 16. Jahrhunderts das Banner der Aufrührung, um sie ins Herz zu treiben, indem sie das Papsttum armig angriff. Nachdem das Band der alten Einheit in Recht und Glauben, das die Völker in dem einen Schafstalle unter der mittlerlichen Rüstung zusammenhielt und öftmals bei der Übereinstimmung der Unternehmungen Kräfteentfaltung, Einstuß und Ruhm verdoppelte, zerriß war, führte die Reformation unter den christlichen Ständen eine bedauernswerte und verderbliche Entzweiung herbei. Wir wollen hiermit nicht sagen, daß von dem ersten Anfang der Bewegung an man im Sinne gehabt hätte, aus der Welt das Reich des Übernatürlichen zu verbannen, aber nachdem einmal einerseits die Prätrogative des römischen Stuhls, die Grunduracht der Einheit, bestritten und andererseits das Prinzip der freien Forschung aufgestellt war, wurde der Gottessbau in seinen Grundfesten erschüttert und für zahllose Anebenungen, Zweifel und Negationen auch in Dingen von höchster Bedeutung der Weg geöffnet, welche die Voraussicht der Neuerer selbst weit überschritten.

Folgt eine Exorcisation sämlicher philosophischer Irrlehren und deren moralischer Folgen. Unwidrig zu sagen, daß die ganze moderne Revolutions- und Umsturzgefahr nur als praktische Beleidigungen der geistigen Emancipationsbestrebungen von der Kirche denunziert werden. Auch das Altheilmittel gegen all die Schäden des modernen Geistes wird genannt: die Rückkehr und vollkommene Unterwerfung unter die Autorität des heiligen Stuhls.

Was hat der altersschwache Liberalismus von heute, was hat die ganze bürgerliche Gesellschaft dieser gewolligen internationalen Organisation der Kirche gegenüberzustellen? Die Allmacht des Staates? Aber die Ohnmacht der Staatsmittel ist im Kulturmampf erprobt worden. Und immer noch ragt dieser geschworene Feind der heutigen Gesellschaft, der Liberalismus, in unser ganzes Gesellschafts- und Kulturreben herein, tritt uns entgegen als politische Macht, als geistige Macht, paßiert und parlamentiert, lädt sich scheinbar benutzen, um schließlich immer die Milch abzuziehen.

Die Kriegserklärung an die heutige Wissenschaft im Syllabus hat der Liberalismus vor einem Menschenalter mit kriegerischer Freiheit im Reichstage für das berühmte Vertrauensvotum an die

Entrüstung aufgenommen und mit einem politischen Kampf gegen die Kirche auf der ganzen Linie beantwortet. Für das geistige Testament des „Friedenspapstes“, das dochlich dieselbe Feindschaft gegen die gesamte moderne Kultur nimmt, hat er nur einige schläfrige Bemerkungen.

Es ist mir gut, daß es noch ein Proletariat giebt, das da für sorgt, daß die Bäume der Kirche nicht — in den Himmel wachsen.

Deutsches Reich.

Eine französische Demunziation.

Die Presse läßt das Maulen und die Kreuzzettlung das Demunzieren nicht. Der Eintritt der Genossin Luxemburg in die Redaktion unserer Zeitung hat ihre Falle erregt und auf die von ihr höchstehändig aus der Lust geprägten Thatsache, daß die Genossin Luxemburg nicht deutsche Staatsangehörige sei, jammert sie über „Unrecht“ des deutschen Preßgesetzes.

Nach dem § 8 dieses Gesetzes dürfen verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften nur Personen sein, welche verfüzungsfähig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, sowie im deutschen Reich ihre Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Die Staatsangehörigkeit ist hier also nicht als ausdrückliche Voraussetzung für Belohnung einer periodischen Druckschrift aufgeführt. Indem die Kreuzzettlung einen welsischen Blick auf die österreichische und russische Pressegesetzgebung wirkt, die in diesem Punkte allerdings noch reaktionärer sind als die deutsche, erfindet sie die Thatsache, daß „immer häufiger in Deutschland als verantwortliche Redakteure fremde Staatsangehörige“ gezeichnet, die sich gegebenenfalls der Verantwortlichkeit leicht entziehen können, indem sie nach ihrer Heimat zurückkehren.“ Wir glauben die Geschichte der Partei einigermaßen genau zu kennen, aber es ist uns schlechterdings auch nicht ein Fall erinnerlich, daß ein Ausländer, der eine sozialdemokratische Zeitung verantwortlich gezeichnet hatte, sich der Verantwortlichkeit durch Rückkehr in seine Heimat entzogen hat. Wäre je ein solcher Fall vorgekommen, so hätten die Sozialistenfreunde ihn sicherlich auch an die große Glorie gehängt.

An diese Erfindung knüpft dann die Kreuzzettlung die echt polizeiliche, echt preußische, echt pernische Insinuation: „Wenn es nicht möglich ist, diesem Mangel des Gesetzes abzuholzen, so wird man gebürgt sein, im Verwaltungsweg einzugreifen und diejenigen Redakteure staatsfeindlicher Blätter, die verantwortlich gezeichnet, ohne deutsche Staatsangehörige zu sein, des Landes zu verwiesen.“ Wenn „man“ sich von der Kreuzzettlung zu dieser famosen Blamage des großmächtigen deutschen Reiches verleiten lassen sollte, so wird „man“ in dem Falle der Genossin Luxemburg das Schicksal des edlen Mitters haben, der gegen Windmühlen kämpft.

Aber die ganze Demunziation, die heilsam von der Kreuzzettlung an hochpolitischer Stelle veröffentlicht wird, zeigt uns die Kreuzzettler mit Gott für König und Vaterland in ihrer ganzen Pracht. Zu der Angst des Bankrotteurs, der die Bildung der Massen durch den Brotbrotz gefährdet sieht, greifen diese edlen Junker, um die Feder einer Frau zu zerbrechen, schon zu Demunziationen, von denen schwer zu sagen ist, ob sie lächerlicher oder verächtlicher sind.

Das Ende der bündlerischen Herrschaft in der Pfalz.

H. Der Bund der Ostelbier in der Pfalz macht derzeit schlimme Tage durch. Die Bewegung, die einst so kraftvoll eingesezt, hat sich verlaufen. Die Tage sind vorbei, da der Bund in der Pfalz schalten und walten konnte, da er Mandate vergeb, Abgeordnete eins und absezt und in den Hallen seiner Toga Krieg und Frieden barg. Die nationalliberalen Hörgen haben sich, nunmehr für die Bündler, aus dem Sack gewunden und pfeilen heute auf den Bund. Den besten Beweis hierfür haben wir in der Nachricht, daß die Nationalliberalen im ersten pfälzischen Wahlkreis den Speizer Gymnasialprofessor Landtagsabgeordneten Dr. Hammer schmidt, einen geschworenen Feind des Bundes, auf den Schild erhoben haben. Dieser Feind vertritt zur Zeit Genosse Chrhart im Reichs- und Landtag.

Jüngst fand in Elberstadt, einem Dörchen der Oberpfalz, das den Vorzug genießt, den nationalliberal-bündlerischen Vertreter des 5. pfälzischen Wahlkreis Homburg-Kusel, Herrn Fitz, zu seinem Mitbürger zu zählen, eine Bundesversammlung in, in der den Bäumen das Evangelium der ostelbischen Brotwucherer verkündigt werden sollte. Doch es kam anders. Herr Fitz, der mehr Nationalliberaler als Bündler ist, hatte seiner

Kreis vertritt zur Zeit Genosse Chrhart im Reichs- und Landtag.

„Wir . . .“

„Ihr? Sehr gut . . . Ihr führt Euch hier auf, als wärt Ihr zu Hause . . .bummelt ohne Erlaubnis . . .“

„Wir sind keine Leibeigenen, denn . . .“

„Maul halten! Eine Kneipe habt Ihr hier eingerichtet . . . Kanällen! Ich werde Euch zeigen, wo Ihr seid . . .“

Eine Aufwallung von wilber Verwegenheit, von leibenschaftlichem Verlangen, alles über den Haufen zu werfen, sich von diesem, die Seele bedrückenden Wirkwarr zu befreien, durchströmte Grischka wie eine heiße Welle. Er hatte ein Gefühl, als würde er jetzt gleich, auf der Stelle, etwas Außergewöhnliches anstellen und seine dunkle Seele mit einem Ruck von den Banden, die sie umfaßt hielten, befreien. Er zuckte auf, fühlte eine angenehme Kälte im Herzen, und mit einer katenartigen Gebärde gegen den Doktor gewendet, sagte er:

„Strenge Sie Ihre Kehle nicht an, brüllen Sie nicht so . . . ich weiß, wo ich bin — in einer Mördergrube!“

„Wa—s, wie sagst Du?“ sagte der Doktor bestürzt und beugte sich gegen ihn vor.

Grischka begriff, daß er eine Dummheit gesagt hatte, aber das fühlte ihn nicht ab, sondern er erhielt sich nur noch mehr.

„Schut nichts, wird schon gehen! Schlucken Sie es nur . . . Matrena! Pack Deine Sachen!“

„Nein, wart mal, mein Läubchen! Antworte mir erst einmal . . .“ sagte der Doktor mit unheimlicher Ruhe. „Ich will Dir helfen, Du niederträchtiger Kerl . . .“

Grischka sah ihn unverwandt an und mit einem Gefühl, als spränge er einen Abhang hinab und er atmete mit jedem Sprung leichter auf, sagt er:

„Schreien Sie nicht, Matrena! Stepanowitsch . . .“

Megierung Oskar Chodwig gestimmt und dadurch gegen die heiligsten Sahnen des Bundes verstohlen. Fitz wurde damals verfeind und gedächtnis und wie ein Schulboy behandelt. Daß er rächtet er sich jetzt, indem er das hinter den Bundescouillen Gehöhte und Geschauta der sensationslüsternen Welt preisgab. In der Versammlung erzielte Fitz an der Spalte eines reizigen Bauernhauses und nötigte den Bundeschwester zu einem raschen Rückzug; dann stellte er sich an dessen verlassenen Platz und zog wider die Bundesführer vom Leber. Zum Schlusse brachte er eine Resolution zur Abstimmung, in der an den Vertreter des zweiten Wahlkreises, Dr. Deinhard, der als ein vorzüglicher Weinlehrer und witziger Redner bekannt ist, das Verlangen gestellt wird, die Forderungen des Bundes, die Alles- oder Nichts-politik, im Interesse der Landwirtschaft aufs allerenthusiastischste zu bekämpfen. Dass Dr. Deinhard, der gleich Fitz ein national-liberaler Hörliger des Bundes ist, über den Streich seines Kollegen besonders erzürnt wäre, davon hat er bisher noch nichts verlauten lassen.

Die Bundesorgane schnauben Nase und suchen Fitz und Deinhard gegeneinander zu heben. Fitz wird beschuldigt, seinem Kollegen Deinhard nach dem parlamentarischen Leben zu trachten und sich an dessen Stelle im zweiten Wahlkreis in dessen geschätztes Bett zu legen. Auch Dr. Roestke, der oberste der Hauptlinge des Junkerbundes, der derzeitige Vertreter des sechsten pfälzischen Wahlkreises, sieht sich nach einem sicheren Wahlkreis um, und sein Kluge fiel auf den Kreis, den Herr Fitz vertreibt. Roestke sieht im Wahlkreis Kaiserslautern den Boden unter seinen Füßen wanken, und da blinkt ihm der von den bösen Sozialdemokraten noch nicht bedrängte Kreis Homburg-Pfalz als die geeignete Rückungsstation.

Bauern eine Petition zu Gunsten eines großkapitalistischen Eisenbetriebs an eine parlamentarische Abverschafft richten zu sehen, ist gewiß nichts alltägliches. In der Pfalz ist dies Thatsache geworden. Von 1800 Bauern aus 33 Ortschaften in der Oberpfalz, in denen bisher der Bund unumschränkt dominierte und heute noch Ortsgruppen hat, ist eine Petition an den bayerischen Landtag gelangt, in der die Befreiung der „Zwanzigjährige“ aus dem bayerischen Gewerbesteuergebot verlangt wird. Die Bundesblätter nebst den ultramontanen Organen deuten nun über die undankbaren Bauern, die es nicht begreifen wollen, daß man mit dem Edrosselungsgesetz für die Walzmühle nur ihr bestes gewollt habe. Über an der Sache selbst läßt sich nichts anderes, so wenig als an den 1800 Unterschriften, die gerade aus den Dörfern, in denen die Bundesbewegung am stärksten ist, am zahlreichsten zusammengekommen sind.

Die Herrlichkeit des Bundes der Landwirte in der Pfalz, der noch 1808 alle sechs nationalliberalen Abgeordneten aus ihren Mandaten hinausgraulte, ist von kurzer Dauer gewesen.

* Berlin, 3. April. Auf eine Anfrage des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller bei bedeutenderen deutschen Syndikaten, ob sie geneigt wären, sich an einer Konferenz zur Beratung über grundfeste Fragen des Kartellwesens und Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen zu beteiligen, haben viele Kreise lebhafte Zustimmung geäußert. Der Tag der Konferenz ist auf den 9. April festgesetzt. —

Zur Bevölkerungsstatistik des Reichs liegen sechs neue Beiträge vor. Zwei davon beziehen sich auf die Bewegung der Bevölkerung und behandeln die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle vom Jahre 1900 sowie die überörtliche Auswanderung im Jahre 1901. Drei Arbeiten stellen in Fortsetzung früherer Veröffentlichungen über die Volkszählung vom Jahre 1900 weitere Ergebnisse derselben dar. Sie betreffen die Ausländer im Reich, die Haushaltungen im Reich und so dann die Gemeinden und Wohnplätze von mindestens 2000 Einwohnern. Die sechste Abhandlung bezieht sich: Die Bevölkerung des deutschen Reichs im 19. Jahrhundert auf Grund der deutschen und der internationalen Bevölkerungsstatistik. Sie schildert lexikalisch und in Tabellenform die Entwicklung der Reichsbewölkerung im vergangenen Jahrhundert und untersucht, in welcher Weise auf sie Geburten und Sterbefälle sowie Ein- und Auswanderungen von Einfluß gewesen sind. Die Betrachtung erstreckt sich nicht bloß auf das Reich als ganzes, sondern auch auf seine einzelnen Gebiete, und berücksichtigt zur Verdeutlichung der inländischen Verhältnisse auch diejenigen im Auslande. —

Entgegen allen Dementis erfährt ein hiesiges Blatt, daß der holländische Ministerpräsident Ruyper während seines Aufenthalts versucht hat, bei der Reichsregierung zu sondieren, ob sie eventuell geneigt wäre, bei der englischen Regierung ein gutes Wort für die noch kämpfenden Buren einzulegen. Man

schwang die Faust, schlug die Frau auf den Hinterkopf und brüllte dabei wie ein Tier auf:

„Was, Du Heze? Was spielt Du mit mir? Ich schlage Dich tot, Du Has!“

Sie stieß infolge des Schlagens mit dem Gesicht auf den Tisch, aber sofort sprang sie auf die Beine, und mit einem häßerfüllten Blick auf ihren Mann sagte sie hart, laut und kurz:

„Schlag zu!“

„Still!“

„Schlag zu! Nun?“

„Ach, Du Satan!“

„Nein, schon genug, Grigorij! Ich mag schon nicht mehr . . .“

„Still!“

„Ich lasse mich nicht mehr von Dir mißhandeln . . .“ Er knirschte mit den Zähnen und trat einen Schritt von ihr zurück — vielleicht um sie besser schlagen zu können.

Aber in diesem Augenblicke öffnete sich die Thüre, und auf der Schwelle erschien Dr. Wachschenko.

„Was ist das? Was macht ihr? Was habt ihr vor?“

Sein Gesicht war streng und erstaunt.

Oelow war bei seinem Anblick nicht im mindesten verwirrt und er verbeugte sich sogar, als er sagte:

„Dies ist so . . . eine Desinfektion zwischen Mann und Frau“; dabei lächelte er dem Doktor krampfhaft ins Gesicht.

„Warum bist Du nicht zur Dujour gekommen?“ schrie der Doktor schrill, gereizt von Grigorij Grinsen.

Grischka zuckte mit den Schultern und erklärte ruhig:

„Ich hatte . . . mit meinen eigenen . . . Angelegenheiten zu thun . . .“

„So . . . ja! Aber wer hat denn gestern hier Schach gemacht?“

schimpfen Sie nicht . . . Sie denken, weil die Cholera da ist, können Sie mich kommandieren? Das ist ein unnützer Traum . . . Das Sie die Leute kurieren, ja, das nutzt eigentlich niemand was . . . Das ich gefragt habe, es sei hier eine Mördergrube, das ist gewiß Unforn und ich habe Sie damit gereizt . . . Über deshalb brauchen Sie immer noch nicht so zu brüllen . . .“

„Nein, Du lügst!“ sagte der Doktor rubig. „Ich werde ein Exempel an Dir statuieren . . . Kommt mal her!“

Im Korridor hatten sich schon Leute gesammelt . . . Grischka kniff die Augen zusammen und preßte die Bähne aufeinander . . .

„Ich lüge nicht und fürchte mich auch nicht, aber wenn Sie mich züchtigen lassen wollen, dann will ich Ihnen etwas sagen . . .“

„Nun? Rede . . .“

„Ich gehe in die Stadt und flüstere den Leuten zu: St! Kinder! Wüßt Ihr auch, wie man die Cholera kuriert?“

„W—as?!“ sagte der Doktor und riß die Augen auf.

„Dann werden wir hier so eine Desinfektion mit Illumination . . .“

„Was redest Du? Hol Dich der Teufel!“ rief der Doktor, dessen Gereiztheit einem Erstaunen Platz gemacht hatte über diesen Burschen, den er als einen fleißigen und gar nicht dummen Arbeiter kannte und der jetzt aus Gott weiß welchen Gründen sinnlos und aufs Geratewohl seinen Hals in eine Schlinge stellte.

„Was quasselst Du, Dummkopf?“

„Dummkopf!“ schallte es in Grischkas ganzem Wesen wie ein Echo wider. Er fühlte, daß dies Urteil gerecht war, und daß kr

hat Kupfer nur wiederholt, was ihm schon vor seiner Reise nach Deutschland mitgeteilt worden ist, nämlich, daß Deutschland keinerlei Schritte irgend welcher Art unternehmen werde. Die Briten sollen sich direkt mit England in Verbindung setzen, welches gewiß bereit sein werde, Vorschläge anzuhören.

Die agrarische Phalange schließt sich unter scharfen Sammungsaufrufen zusammen. Die Konservativen haben in den letzten Tagen kleine Beine bekommen; die Dringlichkeit einer Verständigung bewirkt ihnen auf die Fingerknöchel. „Koste es, was es wolle: die Aufgabe der Bollardreif muss bis zum Frühjahr 1903 gelöst sein! — so tönt es aus der konservativen Schlesischen Zeitung, und aus der Korrespondenz für Centrumsländer ruft das Echo nach einer „schnellen Verständigung über die entscheidenden Punkte der Vorlage“. Das schlesische Junfernorgan von der „Durchschlagskraft des Brotwundergesetzes“ hinstinklich überzeugt und sieht das Ende der Brotwundermehrheit im Reichstag voraus, wenn die nächsten Wahlen unter der Parole des Bollardris zu stande kommen. Und die Centrumskorrespondenz schreibt die Regierung an, „es müsse ein ganz anderer Zug in die Sache kommen, sonst sollte man lieber die Alten gleich abtreppen“. Sie verlangt von der Regierung sofortige Gewährung von Diktaten und von der Reichstagsmehrheit die möglichste Erweiterung ihrer Forderungen, d. h. Rückzug auf die Regierungsvorlage. Das ist ziemlich viel gefordert. Aber das Centrum sieht bei dem ganzen Handel nur eins: das Interesse seiner Partei. Es nutzt sich selbst und anderen jedes Opfer zu, wenn es nur nicht unter den Wagen der Reichstagsneuwahlen unter dem Bollardris kommt. Den Herren preßt es auf einmal ganz furchtbar. Der Bollardris muss unter Dach, „koste es, was es wolle“.

„Noch versieht“ wäre die Frage eines Bürzelschreibers der Vorlage und eines Appells an die Wähler. So wird der Frankfurter Zeitung aus München telegraphiert — ausdrücklich des Besuchs des Herrn v. Posadowsky. Hinzugefügt wird, daß ein Eingehen der Regierung auf weitere Bollardreihungen ausgeschlossen erscheint. Die Nachricht ist zweifellos offiziös, und das gerade die Frankfurter Zeitung dazu benutzt wird, sie zu sondern, giebt ihr die Bedeutung eines derben Winks mit dem Daumenfahl. Die Regierung kennt die Schwäche der Position der Mehrheitsparteien sehr wohl, und wenn sie darüber noch im Unklaren gewesen wäre, so hätte ihr diese das Angstgeschrei der Lebässler vor den Reichstagswahlen deutlich genug verraten müssen. Zur Zeit, giebt ihnen Graf Posadowsky zu verstehen, ist die Frage eines Appells an die Wähler „noch verfrüht“. Aber wenn die Kommissionsmehrheit starthaft auf ihren 5,50 M. beharrt, dann kann es noch so weit kommen.

Es ist gewiß nicht antiklerikalischer Lebässler, was der Regierung diese feste Haltung aufzeigt. Vielmehr ist es die industrielle Entwicklung Deutschlands und seine Stellung im Welthandel, die den Regierungsvorstellern die Wissenschaft eingezwungen hat, daß sie mit den überagrarischen Forderungen überhaupt keine Handelsverträge bekommen und damit die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs äußerste gefährdet würden. Nur dürfen das die Herren Ullow und Posadowsky nicht laut sagen; sonst würden sie ohne weitere Ceremonien von den Behörden auf die Liste der „Agenten des Auslands“ gesetzt.

In der Diktatenfrage fordert das Scharfmacherorgan, die Vo., den Reichstag auf, seine Bedingungen zu formulieren. Ob verstanden, die Scharfmacher wissen die Bedeutung der Diktatenfrage für das Zustandekommen des Bollardris zu schätzen, und da sie selbst an der allgemeinen Angst aller Aktionäre vor Reichstagsauflösung und Neuwahlen sehr lebhaft beteiligt sind, so sehen sie eine hochmütige Miene auf und fragen: „Was soll der Kram kosten?“ Billig wollen sie die Diktaten nicht geben; so viel ist sicher. Am liebsten möchten sie ihren alten Herzogswunsch nach Verschlechterung des Reichstagswahlrechts bei dieser Gelegenheit befriedigen. Nach der parlamentarischen Lage im Reichstag scheint das zur Zeit freilich ausgeschlossen; das Centrum darf sich im gegenwärtigen Moment, da es das Odium des Bollardris auf sich nehmen will, nicht auch noch mit einer Wahlrechtsänderung belasten. Das Centrum wird vielmehr sehr lebhaft auf die bedingungslose Gewährung von Diktaten drängen, schon um den Bollardris noch vor den Wahlen zu erledigen. Die Frage ist nur die, ob das Interesse der Regierung an dem Bollardris groß genug ist, um in die bedingungslose Gewährung von Diktaten zu willigen. Dass der Bollardris ohne Diktaten nicht durchgesetzt werden kann, dafür wird schon die Opposition sorgen. Allein es ist auch die Möglichkeit denkbar, daß der Regierung Neuwahlen unter der Parole der Bollardrifvorlage gar nicht so unwillkommen sind, daß ihr das Zoch des Centrums läuft, eine Rendierung der parlamentarischen Lage selbst erwünscht ist. In diesem Fall könnte sie auch in der Diktatenfrage eine abwartende Haltung einnehmen. Die Gewährung von Diktaten wird so zur Stichprobe des Ernstes, mit dem die Regierung selbst ihre Bollardrifvorlage behandelt sehen will.

Wreschen in zweiter Auflage. Die preußischen Schulbehörden in Wreschen schreiben den Lehrer zu besagen, den Namen des Städtchens zum Schreibsoeth der widerstimmigsten Germanisierungspädagogik zu machen. Über die Prügelaffaire ist noch nicht ein Hälmchen Gras gewachsen, da kommt schon wieder von dort die Kunde, daß bei dem diesjährigen Entlassungstermin 40 Kinder, die sich geweigert haben, den Lateinismus in deutscher Sprache auswendig zu lernen, nicht entlassen worden sind. Die Richterlassung ist als Straf- und Buchmittel gedacht, das damit begründet wird, daß die Kinder wegen ihrer Belgerung, im Religionsunterricht deutsch zu antworten, nicht den Nachweis geliefert hätten, daß sie in diesem Hauptsäcche Genügendes leisten; auch sei ihnen wegen der damit verbundenen Neutritus die zur Entlassung nötige moralische Reife abzusprechen.

Über diese Begründung kann sich höchstens die Klerikale Presse freuen, die hier den Religionsunterricht amtlich als Hauptfach bezeichnet sieht. Im übrigen ist die ganze Mahnregel durch und durch gesetzwidrig, wie dies schon die feige Heudelei der Begründung verrät. Es würde zu wirklich lästlichen Konsequenzen führen, wenn diese Sorte von Pädagogik politische Praxis würde. Ihr preußische Behörden wäre es eine Kleinigkeit, die Forderung der „moralischen Reife“ zu verallgemeinern und damit alle politisch unangenehmen Parteien zu treffen. Heute ist das Deutschsprechen der Kinder ein Kriterium der „moralischen Reife“, morgen wird vielleicht die politische Parteizugehörigkeit der Eltern ein solches sein. Und dann würden die Schulmonarchen die Kinder aller mißliebigen Parteien solange in die Schule sperren, bis sich die ganze preußische Welt zur bedingungslosen Anerkennung der Obrigkeit bekehrt hätte. Für die Sozialistenbelästigung ergeben sich hier ungeahnte Perspektiven. Sie seien allen Scharfmachern empfohlen!

Abgelehnte Begnadigung. Wegen eines stattgehabten unblutig verlaufenen Pistolenbells waren zwei bei dem Landgericht bzw. bei der Staatsanwaltschaft in Köslin beschäftigte Referendare von der dortigen Strafammer zu sechs bzw. drei Monaten und ein dritter als Kartellträger zu drei Tagen Festungshaft verurteilt worden. Der am härtesten bestrafte Referendar Sch., der das Duell provoziert hatte, ist inzwischen aus dem Justizdienst entlassen worden. Die Verurteilten hatten ein Gnadenegesuch an den Kaiser gerichtet; jetzt ist ihnen der Bescheid zugegangen, daß das Gesuch abgelehnt worden ist. Die Verurteilten werden nun ihre Strafe auf der Festung Weitschlund verbüßen.

Es wäre auch noch schöner, wenn man angehende Gesetzeswähler, die sich einer so flagranten Gesetzesverletzung schuldig gemacht haben, begnadigen wollte. Jedoch — man kennt zu viele Fälle, wo Staatsbeamte wegen Duellvergehens begnadigt worden sind, als daß man glauben könnte, die Verurteilten würden ihre Strafe bis zum letzten Tage verbüßen.

Klingelwirtschaft. In einer Bürgervorsteherforschung des hannoverschen Städtchens Lehe gab der Bürgervorsteher Augustus Kutschlau über Unregelmäßigkeiten einer Kanalisationsabfuhrmission, die von den sozialdemokratischen Mitgliedern aufgedeckt worden waren. Es hat eine Vernehmung der Unternehmer durch den Magistrat stattgefunden. Dabei hat der Unternehmer Adolf Gerds zugegeben, daß er von Herrn Kistner 1000 M. erhalten habe für das Verbrechen, sich nicht an der Submission für die Kanalisationsbeteiligung zu wenden. Die Sache ist nun mehr der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Es soll sich ergeben haben, daß noch mehr Unternehmer ähnliche Abfindungsumsätze erhalten haben. Eine nette Wirtschaft!

Soht alle Hoffnung hinter Euch! Die mecklenburgischen höheren Lehrer haben vor einiger Zeit eine Denkschrift an die mecklenburgische Regierung, dann an das Ministerium und schließlich an den Herzog-Regenten und die Stände gerichtet, in der die schlimme Lage der Lehrer geschildert war. Dieses Vorgehen ist ohne jeden Erfolg geblieben. Nun haben die mecklenburgischen höheren Lehrer als letztes Mittel die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen. Sie haben dem mecklenburgischen Ministerium einen neuen Klageschrei unterbreitet, den sie zugleich veröffentlicht haben. Zu diesem Schriftstück heißt es:

„Soht alle Hoffnung hinter Euch, die Ihr hier eintretet! Den alten Lehrern, die sich 8 Jahre haben hinhalten lassen und erwartet haben, die mecklenburgische Regierung werde der Willkürherrschaft in den Gehäusern der höheren Schulen der kleineren Städte ein Ende machen und den wissenschaftlichen Lehrern zu der Besoldung und zu der Stellung verhelfen, die dem höheren Lehrerstand gebührt, bleien so arg getäuschte Bildnern der Jugend bleibt nichts übrig, als die öffentliche Warnung an alle jugendlichen Amtsgenossen, denen das Leben so wonnevoll wirkt. Möge jeder, der nicht mutwillig in sein Unglück hineinrennen will, jeder, dem die Würde des höheren Lehrerstandes am Herzen liegt, sich fern halten von Städten, deren Obrigkeit und Einwohner so wenig Verständnis vom Wert der Lehrerarbeit haben, ja, sich fern halten von einem Land, dessen Regierung nicht die Macht hat, die städtischen Behörden zu einer angemessenen Besoldung ihrer Lehrer zu veranlassen. Dann ist es den Veteranen im Schuldienst wohl noch einmal vergönnt, wie Moses das gelobte Land in der Ferne zu schauen und aus diesem Jammerthal mit dem Bewußtsein zu scheiden, daß sie nicht vergebens gelämpft haben für die Würde des Lehrerstandes und — da nur eine angehende Lehrerschaft einen guten Einfluß auf die Jugend haben kann — auch für das Wohl des heranwachsenden Geschlechts.“

Wenn schon die höheren Lehrer im Lande des Ochsenkopfes so reden, wie mag dann die Sprache der Volkschullehrer aussießen, wenn sie die Flucht in die Öffentlichkeit ergreifen.

— München, 2. April. Eine nette Osterüberraschung hat die bayerische Regierung den Staatsbeamten und -Bediensteten bereitet, denen sicher in Aussicht gestellt war, daß ihnen in dieser Landtagssession eine Gehaltsaufbesserung in Form von Wohnungsgeldzuschüssen bewilligt werde. Dieser Tage sprach nun eine Deputation von Postbediensteten im Finanzministerium vor, um sich über die Aussichten dieser heitererh�ten Aufbesserung zu erkundigen. Nach den Berichten, die hierüber in die Presse kamen, soll nun der Vertreter des Finanzministers, Ministerialrat v. Ullamer, der Deputation erklärt haben, die Vorlage über die Wohnungsgeldzuschüsse werde demnächst dem Landtag vorgelegt und es sei bei begründeter Hoffnung vorhanden, daß sie wenigstens teilweise angenommen werde. Nun veröffentlicht aber Herr v. Ullamer eine sehr merkwürdige Veröffentlichung dieser Darstellung. Er habe gefragt, die Genehmigung des einschlägigen Postulats hänge ausschließlich von dem Vorhandensein der budgetmäßigen Mittel ab. Von einer Repräsentation der Mittel für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen könne selbstverständlich nicht die Rede sein, solange nicht feststehe, daß solche Mittel überhaupt vorhanden seien. — Nun ist es aber schon ziemlich sicher, daß der gegenwärtig im Landtag zur Beratung stehende Statut von der Centrumsmehrheit so zurecht gestuft wird, daß für die Wohnungsgeldzuschüsse nichts übrig bleibt. Und so wird man vielleicht das heitere Schnapspiel genießen können, daß zu den 15000 rebellierenden Lehrern noch 60000 unzufriedene Beamte und Bedienstete stoßen.

Kleine politische Nachrichten. Aus Oran wird berichtet, daß der frühere Minister des Auswärtigen Hanotaux, der in einem dort abgehaltenen geographischen Kongress den Vorsitz führte, von einer jungen Dame im Kongresssaal überfallen und insuliert wurde. Die Dame, die vorgiebt, von Hanotaux verlassen zu sein, wurde auf das Polizeikommissariat geführt, jedoch auf Ansuchen ihrer Familie wieder freigelassen. — Das Pariser Bureau des argentinischen Blattes *Prensa* hat die Nachricht erhalten, daß der Präsident der Republik Kolumbien, San Clemente, am 19. März gestorben sei. Das verpatzte Enttreffen der Nachricht sei darauf zurückzuführen, daß infolge der Revolution die Post- und Telegraphenverbindungen gestört seien.

Destreich-Ungarn.

Die Delegationen.

Wien, 2. April. Der gemeinsame Voranschlag für 1903 ist fertiggestellt. Die Einberufung der Delegationen ist für den 6. Mai in Aussicht genommen.

Belgien.

Der 17. Kongreß der Arbeiterpartei. — Eine Auseinandersetzung in Sicht?

Der diesjährige Kongreß der sozialistischen Partei wurde am 30. März im Brüsseler Maison du Peuple (Volkshaus) eröffnet. Die Zahl der Delegierten war größer als sonst: über 700 Genossen vertraten 478 Organisationen. Gleich beim Eintritt in die Tagessitzung wurde beschlossen, daß über das allgemeine Wahlrecht selbst öffentlich, dagegen über die Mittel und Wege des Kampfes um das Wahlrecht in einer geschlossenen Sitzung diskutiert werden sollte.

Der wichtigste Gegenstand der Debatten bildete, wie leicht

vorauszusehen war, die Frage des Bündnisses mit den Liberalen und des Frauenstimmrechts. Im Namen des Generalrats der Partei vertrat Vandervelde die Ansicht, daß man auf die Bedingungen der Liberalen eingehen, d. h. vorläufig auf die Agitation zu Gunsten des Frauenstimmrechts verzichten müsse. Destrée opponierte dagegen und bestand darauf, daß man den liberalen Alliierten zuliebe nicht das eigene sozialistische Programm im Stiche lassen dürfe. Schließlich wurde die Resolution des Generalrats (im Sinne Vandervelde) mit großer Majorität angenommen.

Über die nächsten politischen Aussichten in Belgien sprach sich in den letzten Tagen Vandervelde in einem Interview wie folgt aus:

„So unsicher alle politischen Prophesien sind, so kann man doch vernünftigerweise voraussehen, daß das allgemeine Wahlrecht in Belgien das Zusammenschmelzen der liberalen Mehrheit und die Bildung einer schwachen, aus Liberalen, Christlichdemokraten und Sozialisten gebildeten Majorität zur Folge haben wird, in der die Sozialisten am zahlreichsten vertreten wären.“

Aller Voraussicht nach hätten wir unter solchen Umständen einige Zeit lang in Belgien eine Regierung der Linken, der die Sozialisten ihre Unterstützung gewähren müssen — unter ihnen zu bestimmenden Bedingungen und zu dem ausdrücklichen Zwecke, um einige Reformen, wie den Schulzwang, eine Milizorganisation an Stelle des fehlenden militärischen Regimes u. dergl., durchzuführen.

Allein, es läßt sich desgleichen leicht voraussehen, daß unsere augenblickliche Allianz nur von kurzer Dauer sein und daß sich bald gegen den Sozialismus eine Regierung der konservativen Konzentration unter der Führung der katholischen Partei bilden wird.“

Ich sprach soeben von einer „Regierung der Linken“. Ob diese Regierung, wie es manche unserer Freunde glauben, auch sozialistische Minister zählen darf? Es ist schwer zu wissen, was die Arbeiterpartei in ihrer Mehrheit darüber beschließen würde. Die prinzipiellen Gesichtspunkte sind hier dieselben wie in Frankreich, hingegen die tatsächlichen Verhältnisse waren sicher andere, denn auf Grund des allgemeinen Wahlrechts würden die Sozialisten in Belgien die Mehrheit innerhalb der Kommunenmehrheit bilden. (In Frankreich bilden sie tatsächlich nur einen kleinen, wenn auch ausschlaggebenden Bruchteil der parlamentarischen Majorität. Die Reb.)

Immerhin war das französische Experiment — trotz der unertragbaren Bemühungen Millerands, ein ernstes Werk zu schaffen — so negativ, so verhängnisvoll, daß sogar unter den ganz gemäßigten Elementen der belgischen Arbeiterpartei jetzt eine sehr bezügliche Reaktion gegen jeden Gedanken an eine Beteiligung der Sozialisten an der bürgerlichen Regierung herrscht.“

Rußland.

Die Demonstration in Odessa.

XXX Einige Tage nach der grandiosen Demonstration in Petersburg fand eine ähnliche auch in Odessa statt. Die Polizei hatte alle Vorkehrungen zu dem Tage der Bauernemancipation getroffen, in der Meinung, die Organisationen hätten die Demonstration für diesen Tag angefeindet, man hatte sie aber durch falsche Denunziationen genaßgezählt. Sie nahm Massenauflösungen und Verhaftungen vor, bei denen es ihr wohl gelang, Flugblätter und einige für die Demonstration vorbereitete Fahnen zu konfiszieren, die leitenden Komitees der Bewegung blieben aber unversehrt und als am Sonnabend den 8. März um 12 Uhr mittags plötzlich die Deribassische Straße sich mit großen Menschenmengen zu füllen begann, da mußte die Polizei einsehen, daß ihre Bemühungen fruchtlos geblieben waren. Die Zahl der Demonstranten wird auf 6000 geschätzt. Die ganze Demonstration wurde von den drei örtlichen Gruppen, dem Komitee der sozialdemokratischen Partei, dem Komitee der revolutionären Sozialdemokratie des Südens und dem Komitee der sozialistischen Revolutionäre geleitet. Die Demonstranten sangen revolutionäre Lieder und entfalteten mehrere Fahnen. Alle Magazine waren geschlossen. Zur Niederoberung der Demonstration waren Polizisten, Kosaken und Feuerwehr erschienen, die unter der Leitung des Generals Schuvalow standen. Ich weiß das ganze Ereignis, schreibt ein Augenzeuge, nie aus meiner Seele auslösen können. Ich sah die Unzahl von Kosaken und Polizisten, die hin und her jagen, um jeden und alle zu zertreten und niederrzuschlagen; ich sah Blutspuren überall und die pfeifenden Minuten. In meinen Ohren klang unzählbar die schrille Stimme Schuvalows: „Haut!“ Ich sah den General, wie er beim Anblick einer Fahne mit der Inschrift: Freiheit! in wahnwitziger Wut ausschreit: „Schlagt tot die Freiheit!“ Vor den Augen der tausendköpfigen Menge wurden wehrlose Menschen grausam verstimmt. In den Polizeiwachstüben wurden die Brutalitäten fortgesetzt, denn hier sah es niemand. Hier zog man den Verhafteten Säde über den Kopf, warf sie auf die Erde und schlug, schlug ... Man erzählte Scenen, die an die Zeiten der Inquisition erinnern. Aus einer anderen Quelle können wir berichten: „In den Arreststuben geschahen schreckliche Dinge: die Unglücklichen, die in die Hände der Polizei gefallen waren, wurden beschimpft und geschlagen. Sie mußten die ekeliesten Schimpfworte ertragen und wollten sie es nicht, man schlug sie ohne Gnade. Einige, die jetzt freigekommen sind, sind nach buchstäblich verstimmt. Sie erzählen über fast unglaubliche Roheiten der Polizei. Der Pristaw des Boulevardwachpostens hat einen der Arrestierten geschlagen und an den Haaren gezerrt, wobei er ihm einen ganzen Büschel Haare ausgerissen hat. Um nun die Spuren der Misshandlung zu vernichten, hat man dem Arrestierten den ganzen Kopf einfach abgeschoren.“ Nach der Demonstration wurden die Verhaftungen fortgesetzt, was aber die aufgeregte Stimmung nur noch mehr erhöht hat. In der Stadt finden immer neue Flugblätter und Aufzüge Verbreitung, was zeigt, daß die Organisationen an ihrer Schlagfertigkeit nicht das geringste eingebüßt haben.“

Die Opfer der jüngsten revolutionären Bewegung.

Die Gesellschaft des Roten Kreuzes von Wien (Verein zur Unterstützung der Opfer der Arbeiterbewegung) veröffentlicht bemerkenswerte Bifferi betr. die „politischen“ Gefangenen über einen genannten Stadt Südrhlands.

Dennoch sahen im Laufe des Jahres 1901 in dem Wiener (Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Holzarbeiter-Verband.

Die Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen, ohne dieselben kein Zutritt.
Alle Mitglieder werden aufgefordert zu erscheinen.

Mitgliederversammlung

im Pantheon, Dresdener Str.
Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Redakteur
Jaeckh über: Sozialdemokratie und Arbeiterschaft. 2. Stichwahl zwischen Deutscher-Polygyn u. Starke-Dresden als Delegierte zum Gewerkschaftslongen in Stuttgart. 3. Bericht u. Neuwahl der Kasselelektierten. 4. Verbandsangelegenheiten. [3086]

Die Lokalverwaltung.

Konsum-Verein L.-Connewitz und Umgeg.

(E. G. m. b. H.)

Den geehrten Mitgliedern von unserer Bruder-Genossenschaft L.-Plagwitz und Umgegend zur Nachricht, daß wir Sonnabend den 5. April d. J. in L.-Kleinzschocher, Bahnhofstrasse 2a, ein [3085]

Special-Geschäft für Fleisch- und Wurstwaren

eröffnen, welches wir zur gefälligen Benutzung empfehlen. Der Vorstand.

Achtung! Steinetreiber von Leipzig und Umgegend.

Freitag den 4. April

Versammlung

im Gosenthal, Dössourstraße.

Tagesordnung: 1. Jährlicher Kassenbericht. 2. Neuwahl der örtlichen Verwaltung. 3. Lokalfrage. 4. Gewerkschaftliches. [3087]

Das Schreiben der Kollegen ist wegen der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Der Vertrauensmann.

Achtung, Bauhilfsarbeiter!

Aufforderung!

Seit 14 Tagen sind noch Listen anhängend. Wie erteilen, die selben spätestens bis Sonnabend den 5. April abzugeben.

Nächste Woche werden Listennummern und Empfänger derselben veröffentlicht. [3088]

An
Jedermann
liefer ich
auf
Möbel Konfektion, Kleiderstoffe
Teilzahlung
S. Sachs
Gegr. 1880. □ Nikolaistr. 31.

Pneumatik-Specialgeschäft H.E. Max Schmid, Leipzig, Zeitzerstr. 13. I.

Reichsstr. 29/31 Reichs-Magazin Reichsstr. 29/31

offeriert zum Schul-Anfang:



Schultafeln
9, 20 und 28 Pfg.

Stahlfedern
Dugend 5 und 10 Pfg.

Federhalter
Stück 8 und 5 Pfg.

Reissbrettstifte
12 Stück 5 Pfg.

Schulranzen für Knaben
Schulranzen mit Blümchen
Schulranzen, imitiert Seehund
Schulranzen, Stein Plüsch
Schulranzen, Leder
Schulranzen, eisw. Seehund
Schulranzen, Leder, Seehund
Schulranzen, Blümchen
Schulranzen, Tigerfell

Federkästen
15, 18, 25, 35, 45 Pfg.

50 Pfg.	Schultaschen für Mädchen	50 Pfg.
1.— Mt.	Schultaschen, gerahmt	1.— Mt.
1.— Mt.	Schultaschen, verschließbar	2.— Mt.
1.— Mt.	Schultaschen, braun Leder imitiert	2.25 Mt.
1.65 Mt.	Schultaschen, Leder mit Schloß	3.— Mt.
3.— Mt.	Schultaschen, braun mit Plüsch	2.50 Mt.
3.— Mt.	Schultaschen, braun Leder	3.50 Mt.
4.— Mt.	Schultaschen, gumm. Plüsch	2.75 Mt.
7.25 Mt.	Schultaschen, Rindleder	7.— Mt.
1.65 Mt.	Schultaschen,	

Collegien-Mappen
25 Pfg., 50 Pfg. bis zu 4.50 Mt.

Botanisiertrommeln
25 Pfg., 45 Pfg., 80 Pfg.

Radiergummi
Stück 3 und 5 Pfg.

Tafelschwämme
zu 3, 5 und 10 Pfg.

Nähkasten
zu 25 u. 50 Pfg. bis 2 Mt.

Stahlscheren
zu 40 und 50 Pfg.

Berantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Krystall-Palast — Alberthalle.

Königl. Rumänischer

Cirkus Cesar Sidoli.

Heute Donnerstag den 3. April abends 8 Uhr

Grosse Extra-Vorstellung

Das Programm enthält 16 Nummern.

8 Russische Rappenhunde, in Freiheit vorgef. v. Frau Dir. Sidoli. Mlle. Adrefene, ber. Schulreiterin, m. ihr Springpferd Milton, springt 2½ m Höhe. 8 Goldfuchshunde, Original-Dressur, vorgef. von Dir. Sidoli. The 3 Meteors, die besten Luftgymnastiker der Welt. Mister Julius Seeth mit seinen 25 männl. Löwen.

Morgen Freitag [3089] High-Life. Vorverkauf bei Herrn Fintau, Cigarrengeschäft Goethestrasse, sowie von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. im Cirkus.

Querstr. 24 Restaurant Wanderer (Inh.: Max Schröder)

empfiehlt seinen als vorzüglich anerkannten Mittagsfisch inst. Suppe 50 Pfg., 1. Lagerbier von C. W. Naumann, echt bayer. Exportbier. Schöne runde Tische und Frühstückstäbde. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Gallerhäuser sowie Sonnabends Schweinsköder. [3089]

Das Baumwollwaren-Geschäft

von Hermann Kriegel

Plagwitz, Merseburger Str. 28

vormals

Detail-Verkauf d. Leipziger Baumwollspinnerei

empfiehlt Varchent, roh, gebleicht und bunt, Nessels- und Hemdenstüche, Towels, Leib-, Bett- und Tischwäsche, Damast, Inlets, Taschen- und Handtücher, fertige Herren- und Frauenhemden, Schürzen- und Waschleiderstoffe zu Fabrikpreisen.

Ausstattungen werden in sorgfältigster Weise ausgeführt. [3078]

Gelegenheits-Käufe.

Herren-, Damen- und Kinderschuhe

kaufen Sie zu ständig billigen Preisen bei

Tobias Schmul, Nikolaistr. 35.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Photograph
Pinkau & Gehler
Atelier
Turnerstr. 11.
u. Wochentags

Franz. Oelsardinen,

und offeriert

2670]

Marken Splendide, Levigat, Edel, Bellier-Sabres in 1/4, Dosen 40,50 Pf. welche, hat großen Vorrat.

E. Killies, Fleischwaren-Geschäft

Rennb. Mühlstraße 8.

Dienstag u. Freitag Schlachtfest

Bon frisch 1/2 Uhr an Fleischställe.

E. Vetters, Täubchenweg 16.

Hente frischgeschlacht. Rossfleisch.

G. Köppel, Kleinzooh., Lutherstr. 14.

Werde zum Schlachten kaufen D.O.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen "Singer" angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Monats-Garderobe

10 Alle Herren 10

und sehr billig kleiden. Neue und wenig getragene Anzüge, Frack, Hosent, Frühlahr-Paleto, Gesellschafts-Anzüge, auch lebhafte.

10 Schaul, Krone Fleischergasse 10

Goldene Krone, zu beauftragen.

Bitte n. mit Kl. Fleischergasse zu verwechseln.

POPP

Sportwagen 4, 6, 8, 10 A

Sportwagen mit Gummi 10-15 A

Reformwagen 14 A [2885]

Reformwagen mit Gummi 20 A

Umlegbare Kinderstühle 3 A

Panorama.

Sofort darauf zu warten.

Herrenschößen u. Absatzflecke v. 1.10 an

Damenflecke u. Absatzflecke v. 1.50 an

Kinderflecke u. Absatzflecke 0.80-1.50

Flickerei, Schuhveränder. schnell, gut, billig

Gummijüge 1 A.

Dampfschnellsohle 1. Münzgeld 7.

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

1. Beilage zu Nr. 75 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 3. April 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Gefängnis im ganzen 285 Personen. Darunter sog. Intelligenz — 131, Arbeiter — 154 Personen. Nach dem Geschlecht gerechnet, waren 241 Männer und 44 Frauen inhaftiert.

Alle diese Gefangenen haben im Laufe des Jahres 1901 zusammen über 39 Jahre im Gefängnis verbracht! Der Kampf um die Freiheit wird im Barenreiche teuer bezahlt! Und dabei muß noch bemerkt werden, daß die Stadt Kiew nicht einmal zu den hervorragenden Centren der Arbeiterbewegung gehört . . .

Das Attentat. — Die abgesagte Revolution.

Moskau, 2. April. Nach Mitteilungen der Blätter war die Hauslehrerin Allart, welche den Oberpolizeimeister Trepow in dessen Arbeitszimmer erschlagen wollte, wegen Teilnahme an den Februar-Unruhen in Haft genommen worden. Vor drei Tagen war sie auf Veranlassung des Oberpolizeimeisters ihres konsistentialen Zustandes wegen und auf Wissen ihrer Mutter aus der Haft entlassen worden.

Das Berliner Tageblatt hatte auf 1. April eine große Studentenrevolution in St. Petersburg angekündigt. Nachdem diese nicht eingetroffen ist, gesteht Herr Mosse nicht ein, daß man sich einen Aprilschlag mit ihm gemacht habe, sondern verkündet der Welt, daß die Revolution unterblieben sei, weil — man die Studenten vorher verhasst habe. Wir empfehlen dieses probale Mittel allen Regierungen.

Der Krieg in Südafrika.

Ein Begegnungsgesetz.

Eine Depesche Lord Kitcheners aus Pretoria besagt: Oberst Lafoleh meldet aus Vosmanekop von einem lebhaften Gescheit, das am 31. März stattgefunden hat. Lafoleh hatte die zweiten Gardedragonen entdeckt, die zehn Meilen östlich vorgehen sollten, da er die Absicht hatte, am Morgen des folgenden Tages zu ihnen zu stoßen. Den Dragonern gelang es bei Tagesanbruch, den Feind zu überraschen, der aber Unterstützung erhielt, so daß die Dragoner sich nach heftigem Zusammenstoß kämpfend auf das Hauptcorps zurückziehen mußten. Dieses war inzwischen in der Richtung, aus welcher das Gewehrfeuer vernommen wurde, vorgerückt und warf den Feind in nordöstlicher Richtung zurück. Auf englischer Seite wurden vier Offiziere verwundet; die Verluste des Feindes sind bedeutend; es wurden sechs Gefangene gemacht.

Grausamkeiten englischer Offiziere und deren Bestrafung.

Aus Melbourne wurde dieser Tage gemeldet, daß die Buren im Oktober vorigen Jahres einen Offizier der Bushmänner im Komatiopoort-Distrikt grausam mißhandelt und geviert, worauf vier andere australische Offiziere aus Nachbar dafür 12 Buren vor eine Art Kriegsgericht gestellt und erschossen hätten. Ein australischer Lieutenant Whilton von Victoria sei daraufhin zum Tode verurteilt und erschossen, ein anderer, Morant aus West-Australien, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hierüber meldet nun die Korrespondenz Neerland folgende Einzelheiten:

Im Distrikt Komatiopoort (Ost-Transvaal) wurde im Oktober 1901 ein englischer Offizier mit ausgestochenen Augen tot aufgefunden. In der Nähe des Platzen, wo die Leiche aufgefunden worden war, wurden bald darauf von einem Corps Australier 12 Buren angefahren, die nun ohne jeden Anhaltspunkt der Unschuld bezichtigt und ohne Prozeß fällig wurden. Die elf unschuldigen Buren hatten sich vorher selbst ihr Grab graben müssen. Ein deutscher Missionär, der den Engländern ihr Vorgehen wiesen und es einen Wort genannt hatte, wurde ebenfalls erschossen und gleichfalls erschossen. Der befehlshabende englische General leitete nach Belanntscheiden der Sache eine Untersuchung ein, und der zu ihrer Führung bestellte Kriegsrat verurteilte einen von den schuldigen Offizieren zum Tode, einen anderen zu längerer Gefängnisstrafe.

Derselben Quelle zufolge haben drei andere Offiziere folgendes verübt: Im Distrikt Petersburg hatten sie 28 burische Männer, Frauen und Kinder, die sich friedlich innerhalb ihrer Wagnburg befanden und beim Angriff der Engländer zum Zeichen der Ergebung mit ihren Taschen- und anderen Lüchern wünschten, ohne Exzessen hinschlachten lassen. Ein Knäbchen von vier Jahren z. B. das ohne Verständnis für die unheilvolle Situation an die Decke eines Wagens gelehnt stand, wurde mit voller Absicht niedergeschossen, ebenso sein um weniges älterer Bruder, der herzugetragen kam, um nach seinem hingefunten Gespielen zu sehen. Die Offiziere sollen also verfahren sein, um keine Zeugen dafür zu haben, wie sie zu ihrer Pein gekommen

sind. Unter denselben soll sich ein Oberst und der Sohn eines englischen Admirals befinden.

Von den schuldigen Offizieren sollte einer mit dem Tode und zwei zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden sein.

Sächsischer Landtag.

8. Dresden, 2. April.

67. Sitzung der zweiten Kammer.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, der ersten nach den Osterferien, standen einige

Petitionen.

Weiteres Interesse davon hat die des Landwirtes Karl Eichhorn in Eisenberg um Vergütung von Wildschäden.

Abg. Heymann giebt als Referent zunächst ihren wesentlichen Inhalt wieder. Der Petent beschwert sich bitter über die Art, wie von den Behörden die Wildschadensfälle-Angelegenheiten behandelt würden; die Taxatoren, die mit Ermittlung und Feststellung des Schadens betraut würden, verständen nichts von der Sache. Ihm sei bei gutem Land in einem bestimmten Falle nur ein Fünf- und zwanzigstel des wirklichen Schadens für den Schadenerfall berechnet worden. Ein anderes Mal hätten ihm die Tiere sechs Centner Kürbispflanzen zerstört, die Taxatoren hätten den Schaden aber nur auf einen halben Centner festgesetzt. Weiter habe man ihm geraten, als er Schadensabschätzung wegen einer Wiese erhob, wo die Rehe grasten, er solle wegen Feststellung des Schadens das Gras nicht abmähen, obwohl er das Futter zur höchsten Not für sein Vieh gebraucht habe. Auch den Schaden durch die Slaue zieht Petent in Berechnung und er bezeichnet diese Tiere dabei als Raubvögel (Heiterkeit), die alles andere abfräsen, nur kein Ungeleter. Er bittet schließlich ganz naiv, man solle ihm „im Interesse der guten Sache“ doch einige Mark bewilligen. (Heiterkeit.) Man habe ja auch schon so oft versprochen, den kleinen Landwirten zu helfen. Der Referent stellt fest, daß die Entscheidung über Streitigkeiten bei Wildschäden Sache der Verwaltungsbehörden sei. Die Beschwerde- und Petitionsdeputation habe nicht anders gekonnt, als die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Die Kammer beschließt ohne jede Debatte in diesem Sinne.

Ferner hat der frühere Kirchschullehrer Bruno Mertig in Leipzig-Gohlis um Erhöhung seiner Pension. Aus den Angaben, die in der Petition enthalten sind, blickt das ganze Elend des miserabel bezahlten Dorfchullehrers. Der Mann ist Mitte der 90er Jahre dienstunfähig geworden. Sein letztes Diensteinkommen betrug per Jahr 1160 Mark, und die seither danach beheimte jährliche Pension ganze 440 Mark. Das Kultusministerium hat dem Petenten in Rücksicht auf diese niedrige Pension bisher eine außerordentliche Unterstützung nebenher gewährt.

Der Referent der Deputation, Abgeordneter Löpfer, behauptet, daß auch in diesem Falle die Deputation nicht in der Lage war, etwas anderes zu thun, als die Petition auf sich beruhen zu lassen. Er hofft aber, daß das Ministerium auch in Zukunft die außerordentliche Unterstützung — auf die der Petent natürlich kein Recht hat — gewährt.

Ohne Debatte beschloß man im Sinne der Deputation.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Deputationen der Finanzen.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Altengesellschaften und Arbeiter. Dem Hamburger Echo ist dieser Tage der Brief eines Aktionärs an seinen Bankier zu Gesicht gekommen, worin er schreibt: „Ich erfuhr Sie ganz besonders, nicht bloß, wie es in Ihrem Schreiben heißt, die Interessen der Aktionäre zu wahren, sondern auch und ebenso nachdrücklich, die Interessen sämtlicher Arbeiter, Angestellten und Bediensteten, sowie diejenigen der Verkehrssicherheit. (Es handelt sich um ein Eisenbahngesellschaften.) Ich erwarte, daß die Arbeiter und Angestellten ausreichende Löhne und Besoldungen erhalten, wie es einer kulturgemäßen Lebenshaltung entspricht. Ich erwarte ferner, daß sie nicht durch übermäßige Arbeitszeit belastet werden und daß ihnen ihre politischen Rechte — Koalitionsrecht, Wahlrecht etc. — in keiner Weise verkümmert werden. Ich erwarte, daß die Verwaltung nicht in der Absicht, Überschüsse resp. hohe Dividenden um jeden Preis zu erzielen, die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten knapper bemüht, als es sich mit honesten und humanen Grundsätzen verträgt; desgleichen auch, daß sie nichts unterläßt, was zur ausreichenden Sicherheit der Passagiere wie des Personals erforderlich ist. Und ich lege Wert darauf, daß im künftigen Jahresbericht hierüber Ausschluß gegeben wird.“ Leider macht eine Schwäle keinen Sommer, namentlich wenn diese Schwäle — eine sozialdemokratische ist, was wir hiermit wahrscheinlich konstatieren. Auch wissen wir nicht, wie dieser Brief in jener Generalversammlung aufgenommen worden ist, vermutlich mit Grinsen, Achern oder Hohlgelächter.

Der Jahresgewinn des amerikanischen Stahltrusts. Nach einer Bekanntgabe der Direktoren der United States Steel Corporation machen mußte, den magnetischen Südpol nicht auffinden zu können, sah er den Entschluß, wenigstens den magnetischen Nordpol bei nächster Gelegenheit genauer auszuforschen. Die Lage des Poles ist seit der berühmten Reise von James Clark Ross im Jahre 1831 ungefähr bekannt, d. h. Ross fand einen Punkt auf der Halbinsel Boothia Felix im arktischen Ozean nördlich des amerikanischen Festlandes, wo die Magnetnadel ihre Spitze bis auf einen Grad genau senkrecht dem Erdmittelpunkt aufwande. Bisher aber ist die Frage unbeantwortet geblieben, ob der magnetische Nordpol wirklich nur ein Punkt ist oder ob die Eigentümlichkeit der Magnetnadel, sich senkrecht einzustellen, über eine größere Oberfläche der Erde ausgedehnt ist. Ferner wäre es von großer Bedeutung, zu ermitteln, ob der magnetische Pol seine Lage mit der Zeit verändert. Diese beiden Fragen will Kapitän Amundsen hauptsächlich in Angriff nehmen und zu diesem Zweck im Frühjahr 1903 eine Reise unternehmen. Einige Vorbereitungen dazu sind bereits getroffen. Für die Fahrt ist die Gjoa, eins der besten und stärksten Segelschiffe der norwegischen Eismeersflotte in Tromsö, angestellt worden. Das Schiff soll mit einer Petroleumsmaschine ausgerüstet werden und eine Besatzung von sieben Mann erhalten. Ein Magnetometer ist für die Forschungsreise unter Aufsicht der Deutschen Seewarte in Hamburg bereits im Bau, es soll dem Instrument ähnlich werden, das von Nansen an Bord der Fram benutzt wurde. Ein Apparat zur Messung der magnetischen Inklination, also der Neigung der Magnetnadel gegen den Horizont, soll in London in Bestellung gegeben und im Observatorium des dortigen Nationalen Physikalischen Laboratoriums geprüft werden. Auf der Fahrt nach dem arktischen Eismeer und dem gesuchten Punkt auf Boothia Felix sollen möglichst häufige magnetische Beobachtungen vorgenommen werden. Die Beladung wird das Schiff entweder auf der Matthe-Insel oder auf King Williams-Land verlassen und, sobald die strengste Zeit des Winters vorüber ist, mit Schlitten die Reise nach dem Punkt von Boothia fortsetzen, wo Ross im Jahre 1831 seine Beobachtung gemacht hat.

— Aus Johannes Brahms musikalischem Nachlaß, der sich im Besitz der Wiener Gesellschaft der Musikfreunde befindet, werden demnächst 11 Orgelchoralvorspiele im Verlage von W. Simrock in Berlin erscheinen. Auch zwei bisher ungedruckte Ouvertüren von Joseph Joachim aus dessen Jugendzeit, die Brahms zu vier Händen eingerichtet hat, sollen publiziert werden.

ration wird der Neingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr auf 111.067.005 Dollar (das sind fast 450 Millionen Mark) veranschlagt. Es wird eine der bisherigen Höhe entsprechende Dividende von 7 Prozent für die Vorzugsaktionen und von 4 Prozent für die Stammaktionen geplant.

Fahrradsfabriken der Vereinigten Staaten. Die Produktion von Zwei- und Dreirädern in den Vereinigten Staaten von Amerika erreichte im Jahre 1900 einen erheblich höheren Wert als 1890. Die Zahl der Fahrradsfabriken betrug bei der letzten Zählung 312 oder 285 mehr als vor zehn Jahren; ihr Kapital belief sich auf 29.783.659 Doll. oder 27.725.587 Doll. mehr, die Zahl ihrer Lohnempfänger auf 17.525 oder 15.728 mehr, die Höhe der von ihnen gezahlten Löhne auf 81.898.17 Doll. oder 72.078.08 Doll. mehr als 1890. Die Fabriken verbrauchten 1900 Materialien im Gesamtwerte von 16.792.051 Doll. oder 16.073.208 Doll. mehr und hatten allgemeine Geschäftskosten in Höhe von 225.2604 Doll. oder 201.0586 Doll. mehr als im Jahre 1890. Der Wert ihrer Errungenschaften einschließlich der von ihnen ausgeführten Reparaturen stieg auf 81.915.908 Doll. oder um 29.847.582 Doll. höher als bei dem vorigen Census.

Sozialpolitisch.

Im Zeichen der Arise. Nach der vorläufigen Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amts zur Konkurrenzlast gelangten im 4. Quartal 1901 im deutschen Reich 29.833 neue Konkurse zur Zählung, gegen 23.711 im 4. Quartal 1900. Von den neuen Konkursverfahren betroffen 2342 physische Personen, 433 Nachlässe, 148 Handelsgesellschaften, 8 Genossenschaften und 52 andere Gemeinschaften. 850 Anträge auf Konkursöffnung wurden wegen Mangels eines die Kosten des Verfahrens deckenden Massbeitrages abgewiesen.

Gewerkschaftliches.

Eine Eingabe um die Nichtstundensicht will demnächst der Gewerksverein Christlicher Bergleute an die Betriebsleitung Rheinland-Westfalens machen, wie der Vorsitzende Brust am Ostermontag in einer Versammlung zu Gelsenkirchen erklärte.

Die Freiden in Greiz ist selber durch das Verhalten einzelner Fabrikanten, welche trotz gegebenen „Ehrenworten“ Maßregeln geschieben. Die Maßregelungen betreffen Leute, auch Arbeiterinnen, die während des Streiks Kommissionsmitglieder waren. Bei dem geschlossenen Auftreten der Arbeiter sind die Fabrikanten in den meisten Fällen gezwungen, die Maßregelungen wieder zurückzunehmen; selber wird aber durch das unqualifizierte Vorgehen derselben die Gefahr umfassender Abwehrmaßregeln seitens der Arbeiter heraufbeschworen.

Die Maler, Lackierer und Ausstreicher Sachsen beschlossen auf ihrem Provinzialtag in Zwönitz, um die Agitation noch besser und wirksamer betreiben zu können, für Sachsen einen eigenen besonderen Beamten anzustellen.

Die Gutarbeiter und Arbeiterinnen Breslaus sind in eine Bewegung getreten, um die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde zu erlangen. Bisher betrug die Arbeitszeit 10½ Stunden, ausschließlich der Frühstück-, Mittags- und Besperrpausen. Eine Kommission ist beauftragt, den Gutarbeitern die Fortdauer zu unterbreiten.

Auf dem Braunkohlenwerk Glücksburg in Rüttgenau stellten, wie aus Görlitz berichtet wird, gestern 150 Arbeiter die Arbeit ein. Der Grund ist in von der Verwaltung in Aussicht gestellten, nicht unerheblichen Lohnverkürzungen zu suchen.

Ausstand französischer Textilarbeiter. In Reims ist ein Textilarbeiterausstand ausgebrochen, der fortwährend an Ausdehnung gewinnt. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Ausständigen etwa 4000.

— Tapeziererstreik. In Düsseldorf sind die Tapezierer, Polsterer und Dekorateure in einen Streik eingetreten. Sie fordern den neuinfundierten Arbeitstag.

Grubenarbeiterausstand in Nordamerika. Aus Altona (Pennsylvania) wird unter 2. April berichtet: Heute wurde ein Ausstand erklärt, dem sich 10.000 Grubenarbeiter der „Rochester and Pittsburg Coal and Iron Company“ anschlossen. Die Arbeiter fordern, daß zur Förderung der Kohlen aus den Minen Mauliere verwendet werden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Schr optimistisch sieht die Finanzdeputation der Ersten Kammer die Finanzlage an. Die Deputation hat, wie es heißt, die Einkommenssteuer und die Vermögenssteuer als ein Ganzes aufgefaßt. Die Reform der Einkommenssteuer besteht nur in dem 25prozentigen Zuschlag, bei dem die unteren und Mittelklassen zum Teil noch härter getroffen werden als die oberen. Eine durchgreifende Reform ist also mit dem Gesetz nicht verbunden. Wenn neben dieser Skala das Vermögenssteuergesetz in Kraft trete, so werde bei einer Verbesserung in der allgemeinen Finanzlage und bei Verlängerbung der Mehr-

u. Woher stammt der Rückstribel? Jetzt bei beginnendem Frühling sangen nach und nach alle Vögel an, ein Rest zu bauen, nur der Kuckuck, in dieser Hinsicht unter allen unseren Vögeln eine merkwürdige Ausnahme bildend, verschmäht es, sich ein eigenes Heim zu errichten, sondern legt, wie alt und jung bekannt ist, seine Eier in die Nester anderer Vögel und überläßt es diesen, die von ihm gelegten Eier auszubrüten und dann, wenn die jungen Kuckucke aus dem Ei geschlüpft sind und im Nest hocken, diese zu füttern. Man versucht lange vergeblich, diesen höchst auffälligen Kuckuckstrieb zu erklären. Zuerst meinte man, daß der Kuckuck so gefräsig ist, daß er alle seine Zeit braucht, für sich selbst Nahrung zu sammeln und deshalb keine Zeit hat, auch für seine Brut Futter zu suchen. Deshalb habe er instinktiv ein Mittel ergriffen, anderen Tieren die Sorge für seine Jungen aufzubürden. Gegen diese Annahme spricht aber die Thatfrage, daß andere Vögel noch gefrässiger sind, als der Kuckuck, und doch die Brutpflege selbst durchführen können. Auch die Erklärung ist nicht schlüssig, daß der Kuckuck die Eier in so langen Zwischenräumen legt, daß es ihm unmöglich wäre, die zuletzt gelegten Eier auszubrüten und zugleich die aus den früher gelegten Eiern zwischenzeitlich ausgeschlüpften Jungen zu füttern; denn andere Vögel, die in noch größeren Zwischenräumen Eier legen, bringen es fertig. Nun hat Professor Veneczel in Brünn eine plausibel erscheinende Erklärung für den Kuckuckstrieb gegeben. Es geht nämlich in Amerika noch andere Vögel, die auch den Kuckuckstrieb haben, sogenannte Herdenvögel. Sie begleiten Pferde oder Rinderherden, auch herdenweise lebendes Wild und ernähren sich, indem sie die auf wandernden Herden liegenden Räuber und Wölfe verzehren. Bei diesem Nomadenleben immer auf der Wanderung mit den wandernden Herden, die ihnen Nahrung bieten, konnten sie natürlich keine Nester bauen und so gewöhnten sie sich allmählich daran, ihre Eier in fremde Nester zu legen, gerade wie unser Kuckuck es auch thut. Veneczel meint nun, daß auch die Kuckucke vor langen Zeiten solche Herdenvögel waren, die namentlich wandernde Herden von Wild in den Wäldern begleiteten. Seit jener Zeit haben die Kuckucke die Gewohnheit angenommen, nicht aus den Wäldern herauszukommen, und auch die Geplogenheit, die Eier in fremde Nester zu legen, stammt noch aus jener fernern Zeit.

Kleine Chronik.

Leipzig, 2. April.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Freitag die Oper Luisa zur Aufführung. — Im Alten Theater wird Alt-Helbelberg wiederholt.

Am Sonnabend geht im Neuen Theater Fabriga in Scena. — Im Alten Theater findet am Sonnabend die Erstaufführung des literarischen Phantastischspiels Das Ewig-Weltliche von Robert Misch statt.

Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater ist Der fliegende Holländer angekündigt; im Alten Theater wird nachmittags 1½ Uhr für den Leipziger Arbeiterverein Doktor Klaus gegeben; abends 7 Uhr die Novität Das Ewig-Weltliche wiederholt.

Am Mittwoch den 9. April findet im Neuen Theater bei aufgehobenem Abonnement die Studentenaufführung der Räuber statt, in welcher vom königl. Schauspielhaus in Berlin Fr. Rosa Poppe und die Herren Adalbert Mattofsky und Oberregisseur Max Grube mitwirken. Den Abonnenten bleibt bis Sonnabend 1 Uhr das Kaufaufrecht nach Abgabe der vorhanbenen Plätze gewahrt und können dieselben die Billets am Freitag und am Sonnabend von 10—11 Uhr gegen Vorstellung des letzten Abonnementsauffangs an der Tageskasse des Neuen Theaters in Empfang nehmen. Am Sonntag beginnt von 1½ bis 8 Uhr der Vorverkauf der Billets (ohne Aufgeld).

— Wödkins Gemälde Der Sonnentag wurde von einem Kunstmfreunde der Gemäldegalerie zu Dresden geschenkt.

nr. Eine Forschungskreise nach dem magnetischen Nordpol wird von Kapitän Amundsen geplant, der über sein Vorhaben in der letzten Sitzung der Norwegischen Geographischen Gesellschaft genauere Mitteilungen gemacht hat

einnahmen von über einer Million Mark, welche die Erhöhung der Gebühren für die freiwillige Gerichtsbarkeit bringen wird, selbst bei späterer Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Staatsbeamten gar nicht die neue Einkommensteuerstala zur Deckung der Staatsbedürfnisse gebraucht. Deshalb ist, wenn das Leipziger Tageblatt recht unterrichtet ist, die Finanzdeputation der Ersten Kammer wieder auf die alte Skala zugekommen, obgleich mit 4 Proz. bei den Einkommen mit 100.000 Mark und darüber, jedoch mit der Veränderung, daß die sogenannte Horizontale wegfällt. Sollte sich zeitweilig ergeben, daß der Steuerertrag nicht ausreichte, so könnten Bushläge erhoben werden, was der Finanzdeputation der Ersten Kammer immer noch angängiger erscheint, als die Skala von vornherein zu erhöhen. Bezuglich der Vermögenssteuer sprach man sich in der Deputation dahin aus, daß die Schätzung des Vermögens in erster Linie auf den Einkommenskatastern beruhen soll. Damit würde ein ohne weiteres erfolgendes tieferes Eindringen in die Verhältnisse des einzelnen vermieden. Die Bestimmung, daß das Vermögen in Grundbesitz mit Zahlung von 3 Proz. auf die Grundsteuerheit von der Vermögenssteuer befreit werden kann, ist auch von der Finanzdeputation der Ersten Kammer accepted worden. Für eine Aufzehrungsfestsetzung der Grundsteuer hat sich die Deputation ebenfalls entschieden.

Die Deputation der Ersten Kammer fügt unsere Finanzlage unbegreiflich optimistisch auf. Unsere Verhältnisse können nur gefunden werden, wenn der Staatskasse neue kräftige Steuerquellen erschlossen werden. Die paar Millionen, die die Vermögenssteuer bringen wird, namentlich wenn die Grundsteuer wegfällt, können an unserer Finanzmisere nicht viel ändern. Wir würden dann mit dauernden, sehr hohen Steuerzuschlägen zu rechnen haben.

Bezüglich der Wohnungsgeldzuschüsse wird bemerkt, daß von der Regierung in der Finanzdeputation der Ersten Kammer die Erklärung wegen Hinausschiebung des etwaigen Infrastrukturs des Gesetzentwurfes bis 1. Januar 1904 tatsächlich abgegeben worden ist. Nur daraus läßt es sich erklären, daß die Regierung mit einem Steuerzuschlag von 20 Proz. auszukommen gedenkt.

Staatsgefährliche Vertreibschaft. Das erzgebirgische Industriedorf Gelenau ist in seiner Mehrheit sozialdemokratisch gesinnt, es beherbergt sogar noch eine Anzahl der ältesten Parteiveteranen, besonders ehemalige Kassaliner. Der „Umfurz“ dominiert aber nicht nur in der Bevölkerung, auch im Gemeinderat ist er vertreten. Dieser Tage ist nun Gelenau vor einem recht ernsten Unglück bewahrt worden. Der eine der beiden Schuhleute, deren Obhut Gelenau anvertraut ist, trat mit dem 1. April aus dem Umte. Um die ausgeschriebene Stelle bewarb sich auch ein Gelenauer, der Strumpfwirker Emil Melzer, und hatte das Glück, vom Gemeinderat gewählt zu werden. Die Amtshauptmannschaft verfügte aber die Bestätigung mit folgender Begründung: „Die königliche Amtshauptmannschaft lehnt es ab, den Strumpfwirker Emil Melzer als zweiten Schuhmann zu bestätigen, weil Melzer durch sein nahe verwandtschaftliches Verhältnis mit einem bekannten sozialdemokratischen Agitator keine Gewähr dafür biete, die für einen Gemeindedienst erforderliche Unabhängigkeit von einer Partei zu besitzen, deren Bestrebung auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtet ist.“

Der nichtbestätigte E. Melzer ist nämlich ein Bruder unseres Genossen Max Melzer, der auch im Gemeinderat zu Gelenau sitzt. Herr E. Melzer ist nicht Sozialdemokrat, sondern stammt aus dem Ordnungsmann und Kriegerverein. Über die Amtshauptmannschaft trauten dem Frieden trotzdem nicht und verfügte die Bestätigung. So wird Sachsen vor dem „Umfurz“ bewahrt — und der „Umfurz“ gedeckt dabei.

* * *

Chemnitz, 2. April. Die Korrespondenz des Verbandes der Ärzte Deutschlands brachte dieser Tage eine gehässige Notiz gegen die hiesige Gemeinsame Ortskrankenkasse. Danach soll die Ortskrankenkasse einen „Vertragsbruch“ begangen und „gegen Treue und Recht“ gehandelt haben, weil sie Ärzte angefeindet, ohne die vereinbarte Begutachtung des Arztevereins einzuhören. Die Notiz wurde natürlich auch vom hiesigen Amtsblatte, dem Chemnitzer Tageblatte, übernommen. Nun ist das Amtsblatt aber gezwungen, sich selbst wie folgt zu berichten: „Der Vorsitzende des Preisausschusses des ärztlichen Bezirkvereins Chemnitz-Stadt übermittelte uns im Einverständnis mit dem Vereinsvorstand den folgenden Erklärung: Der Bezirkverein steht der Korrespondenz des Verbandes der Ärzte Deutschlands und insbesondere deren Darstellung über einen „Vertragsbruch“ der Ortskrankenkasse zu Chemnitz vollständig fern. Es handelt sich zunächst lediglich um Meinungsverschiedenheiten betreffend die Fortdauer des Vertrages zwischen der Gemeinsamen Ortskrankenkasse und dem ärztlichen Bezirkverein nach dessen „organisatorischer Änderung“, die zur Zeit der Entscheidung des Rates der Stadt bezw. der königlichen Kreishauptmannschaft unterliegen.“

Die im Kampfe gegen die hiesige Ortskrankenkasse vor einem Jahre gegründete Zinnungskrankenkasse der Gastwirte von Chemnitz und Umgegend verfolgt ein arges Missgeschick. Nicht nur schließt die Jahresrechnung mit einem recht empfindlichen Deficit ab, auch der Kassenverwalter Voigtländer hat zur Bestreitung seiner noblen Passionen sich an den Kassenmitteln vergriessen. Wiederholte Aufforderungen der Versicherungsanstalt um Abrechnung der Invalidenkassenbeiträge blieben erfolglos, bis schließlich von der Auffichtsbehörde eine außerordentliche Kassentreibung vorgenommen wurde, nach deren Ergebnis Voigtländer zum Revolver griff und seinem Leben ein Ende bereitete.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Das Amtsgerichtsgericht in Dippoldiswalde steht augenblicklich verwüstet da. Es beherbergt seit einigen Tagen nicht einen einzigen Insassen, ein Vorkommen, dessen sich die jetzigen Beamten des Arrestlokalos vorher nicht erinnern können. Und das um die jetzige Zeit! — Aus Meilen wird berichtet: Ein heftiger Windstoß riss am Dienstag einer Dame auf der Eisenbahnbrücke den umfangreichen, mit großen Federn geschmückten Hut vom Kopfe und trieb ihn in die Elbe. Der Hut war mit einem Nadel an dem am Hinterkopf zu einem Knäuel zusammengebrochen Haarzopf befestigt; da der Zopf aber nicht angewachsen und wahrscheinlich nur lose

befestigt war, so nahm ihn der boshafte Wind samt Nadel und Hut mit in das nasse Grab. Einheit schaute die barhäuptige Frau hin in die Tiefe, aber der begeisterte Hut kam nicht zurück. — In der Nacht zum Dienstag wurde auf den Nachschlusszug von Berlin nach Dresden geschossen. Die Kugel zertrümmerte das Fenster eines Wagens der zweiten Klasse und blieb in der Holzstange eines Fensters stecken. Dies ist als ein Glück zu bezeichnen, denn im anderen Falle wäre vermutlich ein Reisender, der Leiter einer Bittauer Bankfiliale, getötet worden, da sich die Schuhlinie genau in der Kopfhöhe der Passagiere befand. — Auf einem Steinlokalenwerke des Zwicker Reivers stürzte der Kunstmaler und Schachzimmerling Eduard Wappeler aus Bielen, Familienvater und 46 Jahre alt, in den Schacht, wo er mit Bauarbeit beschäftigt war. Er erlitt hierbei schwere Verletzungen am Kopf und am Brustkasten. Der Verunglückte wurde zwar noch lebend aus dem Schachte befördert, starb aber bald darauf.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

Oelsnitz, 2. April. n. Nachlänge zur Aussperrung der Schuhmacher bei der Firma Kunze. Trotzdem die Arbeiter dieser Firma sich bereit erklärt, zu dem neuen Tarif weiter zu arbeiten, und trotzdem es vier Mann vorgingen, die Fabrik zu verlassen, wurden am Sonnabend noch weitere sechs Mann entlassen und einem gesundigt. Dieses Vorgehen ist um so mehr zu bewundern, als diese Firma Vieferdanth mehrerer von Arbeitern geleiteter Konsumvereine ist.

n. Begräbnis des Genossen Engelring. Heute hatten wir die erste Pflicht, einen treuen Genossen, den Schneider Hermann Engelring, zu leichter Ruhestätte zu tragen. Die Beteiligung der Genossen war den Verhältnissen entsprechend zahlreich; noch zahlreicher war das Publikum in den Straßen und auf dem Friedhof, wiewohl L. schon vor Jahren aus der Kirche ausgetreten und Dissident war, konnte man doch im Bilde einen Geistlichen erblicken. Er hatte auf Bitten der Unterlassenen versprochen, mitzugehen und eine Grabrede zu halten, wenn von anderer Seite keine Reden gehalten, seine rote Fahne oder Schleife im Bilde getragen und auch das Lied: Ein Sohn des Volkes, nicht am Grabe gelungen würde; bei Zuüberhandlungen würde er sofort das Grab verlassen und es als Störung eines kirchlichen Aktes an den Betreffenden schwer ahnen lassen. So wurde alles unterlassen. An Stelle der Scheideworte, die man gern dem zu fröhlichen Verbliebenen ins Grab nachgerufen hätte, wurden diese Worte durch große Todesanzeichen und Widmungen auf den Kranzketten zum Ausdruck gebracht und das von L. so gern gehörte Lied: Ein Sohn des Volkes wurde von den Sängern des Wahlvereins am Abend vorher am Sarge gesungen. Prächtige große Kränze mit welchen Schleifen und entsprechenden Inschriften hatten gespendet die Mitglieder des Wahlvereins Oelsnitz und die Verbandskollegen der Schneider und die der Holzarbeiter.

g. Halle a. S., 31. März. Eine Gemeindevertreter-Konferenz, wie schon vor dem einige an anderen Orten des Reiches stattgefunden haben, tagte während der Osterfeierstage im Saale zum Leibniz Dreier. Obwohl dieses für die Provinz Sachsen die erste derartige Konferenz war, so konnte doch eine zahlreiche Beteiligung aus vielen Orten konstatiert werden. Von den 55—60 erschienenen Parteigenossen waren 9% Stadtvorordnete bzw. Gemeindevertreter. Neben den Vorträgen der bürgerlichen Vertreter, besonders des musikalen Aufkreis des sogenannten Kommunalkreisins, wurde fast überall gleichlautend Klage geführt. Die Sozialdemokratie ist vielfach die treibende Kraft, wenn es sich darum handelt, etwas zu schaffen. Von der Fehlführung eines Kommunalprogramms wurde mit Rücksicht auf den nächsten Parteitag Abstand genommen.

n. Gera, 2. April. Bei der heute vorgenommenen Stichwahl im 6. Landtagswahlkreis Triebes-Hohenleuben-Langenwehendorf wurde Genosse Reinhard Pöper mit 427 gegen den konservativen Landrat Rückesel mit 377 Stimmen gewählt. Der Wahlkreis war bisher von dem Landrat Sturm vertreten. Die Wahl unseres Genossen Pöper bedeutet zunächst einen Protest gegen die Landratskandidatur.

Coburg, 1. April. Der gemeinschaftliche Landtag der beiden Herzogtümer Coburg und Gotha wird nächste Woche hierher berufen. Es handelt sich offenbar um die Beilegung des im Coburgischen Special-Landtag entstandenen Konfliktes über das neue Steuergesetz.

st. Aus Sachsen-Weimar, 2. April. Die sozialistentönende Thätigkeit des Bezirksdirektors Euden-Addenhausen ist von Erfolg gekrönt. Natürlich macht sich der Erfolg nur in den persönlichen Verhältnissen des betreffenden Herrn selbst bemerkbar, indem er von seiner „probeweisen Dienstleistung“ im Reichsdam des Innern enthoben und an Stelle des bisherigen Geheimrat Gruner in das Ministerium des Innern berufen wurde. Mit diesem Herrn verliert das Großherzogtum einen der schneidigsten Sozialisten, und wenn wir nicht wüssten, daß die Erfolge des Herrn Euden-Addenhausen andere geistesschwundene Seelen zu gleichen Nuhmeshalten veranlassen würden, müßten wir es lebhaft bedauern, daß uns ein solcher freiwilliger Agitator verloren geht. Die Alra Wurnib wird aber wohl für genügenden Erfolg sorgen.

Magdeburg, 1. April. Die allgemeine Ortskrankenkasse für den Bezirk der Altstadt wollte kürzlich ihre Generalversammlung abhalten. Dazu sollte es aber wegen einer ganz sonderbaren Störung durch die Polizei nicht kommen. Es war nämlich zum nicht geringen Erstaunen der Versammelten ein Kriminalwachtmeister und ein Kriminalschuhmacher erschienen, die beide erklärten, sie seien vom Polizeipräsidium geschickt worden. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden der Kasse, des Stadtverordneten Alwin Brandes, die Versammlung zu verlassen, da Polizeibeamte kein Recht hätten, ihr beizuwollen, erklärten die Beamten, sie hätten Befehl erhalten und würden bleiben. Das Erstaunen der anwesenden Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, von denen die ersten anscheinend in größerer Anzahl erschienen waren als die letzteren, war kein geringes. Der Intervention einiger Arbeitgeber setzte die Beamten ein beharrliches Achselzucken entgegen. Als der Vorsitzende Brandes die Versammlung für eröffnet erklärte, fragte er an, ob vielleicht Personen im Saale seien, die Nichtmitglieder der Kasse seien. Da sich niemand meldete, machte der Vorsitzende der Versammlung die Mitteilung, daß sich zwei Kriminalbeamte im Saale befänden. Da deren Anwesenheit ungesehlich sei, weil nicht die Polizei, sondern der Magistrat die Aufsichtsbehörde der Ortskrankenkasse sei, so forderte er die Beamten offiziell auf, das Lokal zu verlassen. Nach der dritten Aufforderung erklärte der Kriminalwachtmeister: „Ich komme der Aufforderung nicht nach, ich habe den Befehl erhalten, die Versammlung zu überwachen und diesem Befehl kann ich nur dadurch nachkommen, daß ich bleibe.“ Paragraphen irgend eines Gesetzes anzugeben, halte ich für überflüssig, das ist auch gar nicht meine Sache.“ Es entwidete sich nunmehr eine Debatte über die Art der zu ergreifenden Maßnahmen. Ein

Antrag, die Kriminalbeamten mit Hilfe von Polizeibeamten zu entfernen, wird mit großer Majorität angenommen. Der Vorsitzende vertagte die Versammlung, um vom Polizeipräsidium, da die Revierbüros geschlossen waren, Hilfe zu holen. In der Ulrichstraße traf Brandes den wachhabenden Polizeikommissar Zill an, der auf das Erfuchen Brandes erklärte, daß, wenn die in der Versammlung anwesenden beiden Nichtmitglieder wirkliche Polizeibeamte wären, er auch nichts weiter thun könnte, als diese als solche festzustellen. Zu diesem Zwecke erhielt Brandes den Kriminalschuhmann Lange mit, der denn auch die Identität der beiden Nichtmitglieder feststellte und — sich dann schleunigst wieder entfernte. Die Versammlung war nicht gewillt, sich diesen Eingriff in ihre Rechte gefallen zu lassen, es wurde einem Antrag gemäß die Vertagung ausgesprochen. Die anwesenden Arbeitgeber stimmten ebenfalls dafür.

Da die beiden Beamten ausdrücklich erklärt haben, sie hätten den Befehl vom Polizeipräsidium, so erscheint es auch ausgeschlossen, daß vielleicht ein überzeugter Kommissar die Überwachung angeordnet hat. Die Polizei wird nun in einer Ortsfahnenversammlung zu erscheinen. Außerdem soll gegen die beiden Beamten Strafantrag wegen § 245 i. S. b. r. gestellt werden. Den Beamten wird aber kaum etwas geschehen, denn die Oberbehörde wird zu ihren Gunsten den Konflikt erheben und damit ist die Sache erledigt. Die Polizei kommt mit einer moralischen Niederlage davon. Solche Niederlagen verfehlen nur bei unserer Polizei stets ihre Wirkung.

Aus dem Nachlaß unserer Meister.

Als wir den ersten Band dieser Sammlung hier besprachen, bemerkten wir, man habe allen Grund „anzunehmen, daß die folgenden Blätter diesem ersten nicht nachstehen werden und doch also das Ganze ein Denkmal unserer großen Kämpfer bildet wird, auf das unsere Partei stolz sein kann.“

Der zweite Band ebenso wie der vierte (der Bassales Briefe an Marx enthalten, die außerhalb des Rahmens dieser Besprechung fallen) bestätigt voll auf das Urteil, das der erste veranlaßt.

Der zweite Band umfaßt Schriften der zweiten Periode des Marx-Engelschen Schaffens. Von 1844 an hörten sie auf, suchende zu sein. Wohl sind sie ihr Leben lang Forscher und Kritiker auch sich gegenüber geblieben. Aber damals hatten sie schon den festen Standpunkt gefunden, auf dem sie fortan ruhten, den sie nie wieder verließen und der sich um so mehr verstärkte, je tiefer ihre Einsicht in den Zusammenhang der Dinge einbrach.

Ihre Schriften aus der Zeit von 1844—47 liegen uns daher viel näher als die der ersten Zeit ihres Werks. In dem Gedankengange jener finden wir uns schon leichter zurecht und auch ihre Darstellung paßt uns mehr. Einerseits deswegen, weil Marx in dem Maße, in dem er vom Hegelianismus sich entfernte, auch dessen Sprache aufnahm, dann aber auch deshalb, weil Marx wie Engels damals erkannten, daß das Proletariat die Kraft sei, welche allein die soziale Revolution zu vollbringen vermöge, daß es daher nicht heiße, für die höheren Bediuteten allein, sondern auch für die Masse des arbeitenden Volkes zu schreiben, diefern die Grundlage ihrer Anschauungen, ihrer Lehre zu vermitteln, seinen Klassenkampf aus einem instinktiven zu einem selbstbewußten zu gestalten.

Marxens Sohnarbeit und Kapital, das Kommunistische Manifest sowie eine Reihe von Aufsätze der Deutschen Brüsseler Zeitung, die in das Jahr 1847 fallen, sind Muster einer nicht bloß gedrungenen und präzisen, sondern auch populären Darstellungsweise.

Allerdings, immer konnten auch Marx und Engels nicht populär werden, trotz des großen Wertes, den sie auf die Propaganda im Proletariat legten. Sie wollten nicht bloß das Proletariat revolutionieren, sondern auch die Wissenschaft; sie hatten eine neue wissenschaftliche Auffassung zu entwickeln und das läßt sich nicht immer in allgemeinverständlicher Weise vollziehen. So fallen in die Jahre von 1844—47 nicht bloß Sohnarbeit und Kapital und das Kommunistische Manifest, sondern auch Die heilige Familie und das Elend der Philosophie, die größere Anforderungen an den Leser stellen. Jedoch auch in diesen Schriften hat sich Marx bereits völlig von der Sprache des Hegelianismus emanzipiert, die Engels nie angenommen, und namentlich die Streitschrift gegen Prudhons Philosophie des Elends weiß bereits die schwierigsten Probleme in einfachster und durchsichtigster Weise darzustellen.

Die wissenschaftlichen Arbeiten unserer Meister aus jener Zeit sind fast ausschließlich polemischer Natur. Ihre Lehre war eine so eigenartige, dabei so geschlossene, aller Konfusion und allem Ellettizismus so widerstreitende, dabei in den praktischen Klassenkampf so tief eingreifende, daß sie bis heute stets der Gegenstand der heftigsten Angriffe nicht bloß aller Kämpfhäne und Streber aus dem gegnerischen Lager, sondern auch aller Konfusionsbräte aus dem eigenen Lager und vor allem aller Halben, zwischen beiden Lagern vermittelnden, gewesen ist. Die meisten dieser Angriffe ignorieren Marx und Engels, aber sie konnten und durften nicht schweigen, wo es galt, Marxs in den eigenen Reihen zu schaffen, drohender Verwirrung entgegen zu treten. Ist doch das größte Hindernis, das den Vorsitz des Proletariats wenigstens zeitweise hemmen kann, seine eigene Unkartheit und seine Vertraulichkeit gegenüber halben und falschen Freunden. Auch das Proletariat darf ausruhen: „Gott beschütze mich vor meinen Freunden! Mit meinen Feinden will ich schon fertig werden.“

So war das literarische Wirken unserer beiden Meister zeitweise fast ausschließlich polemischer Natur. Aber man würde irre gehen, wenn man sie etwa, wie ein Redner in Rückblick von Marxisten meinte, als ein „paar literarische Raubvolke“ betrachten würde, die „Jeden zusammenbeissen, der vielleicht einmal eine falsche Meinung ausgedrückt hat“. Fast stets waren sie die Provoker. Dies gilt hier für ihre Polemik in den vierzig Jahren. Mit Recht sagte Mehring in seiner Einleitung zur heiligen Familie (S. 87 des vorliegenden Buchs): Von Stufe bis auf Mackay ist immer neue Klage über die „gehässige“ und „gemeine“ Polemik erhoben worden, die Engels und namentlich Marx in den vierzig Jahren geführt haben sollen. Gewöhnlich einsprang und entspringt diese Klage dem verwundeten Gemüte des weinerlichen Philisters, der seine Angst vor der Marxs und Konsequenz des Prinzips durch

* Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels aus der Zeit von 1841—1850. 2. Band. Von Juli 1844 bis November 1847. Stuttgart, J. C. W. Dietz Nachf. VIII, 482 S.

eine biderbe Menschenfreundlichkeit zu verdecken sucht; aber wenn sie dennoch sehr gleichgültig ist, so stellt sich ohnehin bei jedem näheren Eingehen auf die Sachlage heraus, daß die bemitleibeten Opfer der Marx und Engels gewöhnlich die Karneval gewesen sind, die angefangen haben. Wie lange, so auch Bruno Bauer!

Mehrung weist dies im einzelnen nach; aber derselbe Nachweis läßt sich auch für die späteren Polemiken der beiden erbringen. Die Broschüre Herr Vogt (1860) war die Antwort auf eine Reihe der infamsten Verleumdungen, die Vogt gegen Marx geschleudert. Die Polemik gegen Bakunin war die Antwort auf dessen Reden, den Generalrat der Internationale zu unterminieren; jahrelang vor der Engelschen Polemik gegen Dühring habe dieser bereits begonnen, gegen Marx loszuziehen, ihn zu beschimpfen und, was viel schlimmer war, eine Kritik der Marx'schen Lehren zu geben, die an Verbalhornung der gleichen sich mit den schönsten Leistungen des neuern „kritischen“ Sozialismus messen kann. Trotzdem antwortete Engels erst, als Wolt und Konkord aufgingen, der Partei die Dühringsche Weisheit als neues Evangelium zu empfehlen. Und die letzte Polemik von Engels gegen Brentano war eine Antwort auf dessen leichtfertige Beleidigung, Marx habe ein Blatt in seiner Inauguralrede „formell und materiell hinzugefügt“.

Wie kommt es, daß trotz alldem alle die Angreifer von Ruge bis Brentano als die sanften Männer erscheinen, die nie ein Wässerchen getrübt, und Marx und Engels als die blutgierigen Wölfe, die über jeden herfallen, der nicht ihrer Meinung ist? Zum Teile deswegen, weil die Presse unserer Gegner und der Konfessionäre natürlich mit ihren Sympathien bei den Gegnern der beiden steht, vor allem aber deswegen, weil diese, wenn sie sich einmal in einer Polemik einstellen, dem Grundsatz huldigen, auf einen Schelmen anderthalb, und sächlich Sieger blieben. Das zusehende Publikum, das den Ausgangspunkt eines Streites nicht kennt oder vergeßt hat, wird aber immer eher denjenigen für einen „Austrobold“ halten, der die meisten Hiebe ausstellt, und nicht jenen, der die meisten empfängt.

Bei keiner Polemik waren es Marx und Engels, sondern stets ihre Gegner, die über erhaltenen Hiebe gründen.

Besonders fruchtbar an Polemik war gerade jene Periode, die das vorliegende Buch umfaßt. Galt es doch, die neue Lehre aus dem Mutterhause der alten, der sie entsprungen, loszulösen und ihre Eigenart den anderen, verwandten Lehren gegenüber zu entwinden. Es galt, sich aneinanderzusetzen mit den Junghegelianern, mit Proudhon, Weitling, mit den wahren Sozialisten.

Diese Polemik ist indes heute nicht immer mehr verbaulich und auswendig. Sie richtet sich zumeist gegen Bücher, die gänzlich verschollen sind, ergeht sich in Ausplauderungen, die niemand versteht, verliert sich oft in Einzelheiten, die heute völlig bedeutungslos sind. So wichtig sie für den Biographen von Marx und Engels ist, so unwichtig für das große Publikum. Wir können daher Mehring nur bestimmen, wenn er den größten Teil dieser Literatur nicht zum Abdruck brachte, auf die Marx und Engels später selbst nur geringen Wert legten.

Ebenso hat Mehring notdürftig davon abgesehen, jene Schriften dieser Zeit, die bereits im Buchhandel allgemein zugänglich sind (End der Philosophie, Lohnarbeit und Kapital, das Kommunistische Manifest), in die Sammlung aufzunehmen.

Dagegen hat er in sie vollständig aufgenommen die Streitschrift gegen Bruno Bauer und Konkord, Die heilige Familie. Sie bildet den Hauptinhalt des Bandes. Wohl kann gegen den größten Teil etwa dasselbe eingewendet werden, was eben von der Mehrzahl ihrer polemischen Schriften der vierzig Jahre gesagt worden, aber neben ganz unwichtigen und dabei oft schwer verständlichen Partien finden sich in dem Buche solche von größter Bedeutung. Namentlich über die französische Revolution und über den Materialismus hat Marx nirgends wieder so ausführlich gesprochen wie hier. Das Werk ist unentbehrlich für jeden, der die materialistische Geschichtsauffassung von Marx vollständig begreifen will, es ging aber nicht gut an, bloß je Partien, die wichtig, aus dem Ganzen zu verhindern. Wer die heilige Familie liest, ist selbständiger Forscher genug, selbst jene Stellen herauszusuchen zu wollen, die bis heute ihre Wichtigkeit bewahrt haben. Eine populäre Lektüre ist die heilige Familie nicht.

Dogegen lesen sich die anderen Arbeiten, die Mehring aufgenommen, um so leichter; sie sind allgemein verständlich und dabei zumeist auch heute noch von großer Aktualität, so z. B. die Artikel über Schuhzoll und Freihandel oder die gegen den Staatssozialismus (Der Kommunismus des rheinischen Verbrauchers).

Dass die ganze Ausgabe mit größter Gewissenhaftigkeit besorgt und mit Einleitungen versehen ist, die selbst eine hervorragende wissenschaftliche Arbeit darstellen, versteht sich bei Mehring von selbst. Wie könnten darüber nur wiederholen, was wir über den ersten Band gesagt, und verweisen unsere Leser auf diese Besprechung.

Hente, wo wir in der Klarheit leben, die Marx und Engels für uns geschaffen, wo selbst jene Sozialisten, die sich vom Marxismus lösen wollen, fortfahren müssen, um ihn zu kreisen, heute können wir uns nur schwer das Labyrinth von Erzeugungen und Wirkungen vorstellen, daß der Sozialismus in den letzten Jahren vor der Revolution von 1848 bildete, und könnten nicht leicht die Schwierigkeit ermessen, die zu überwinden war, den Entwicklungsgang von Marx und Engels und ihr Verhältnis zu den verschiedenen Richtungen einfach und klar darzustellen. Mit sicherer Hand führt uns der Mehring'sche Kommentar durch dieses Labyrinth und zeigt uns den Weg, der unsere Meister aus ihm herausgeführt. Er begleite dabei die einzige zum Ziel führende Methode, die freilich voraussetzt, daß man den Marxismus völlig begriffen, die, ihn als eine einheitliche Weltanschauung aufzufassen und nach den Ursprüngen dieser Weltanschauung in der sie umgebenden Welt zu forschen. Die andere, bequemere und deshalb auch beliebtere Methode, der Anton Wenger und Th. Andler besteht darin, den Marxismus als eine Sammlung von Befreiungen zu betrachten und nach dem Ursprung dieser Befreiungen zu forschen. Dabei erreicht man allerdings nichts, als daß man den Marxismus in dasselbe Chaos austößt, aus dem er sich herausgerungen.

Mit freudiger Erwartung dürfen wir dem dritten Bande entgegensehen, der vom propagandistischen Standpunkt der wichtigsten werden wird. Er wird uns den marxistischen Sozialismus nicht mehr im Werden, sondern bereits als wirksame revolutionäre Kraft zeigen, als auspornden Kämpfer in der bürgerlichen Revolution und als ihren Kämpfer, denjenigen, der aus ihrer Niederlage neue Lehren und neue Kräfte schöpft zu jener Taktik, der wir seit dem Renaufstieg der Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren siegreich folgen. Seien uns die ersten beiden Bände Marx und Engels als Führer,

Kritiker und Propagandisten, so wird sie uns der dritte als kämpfende Parteigenossen zeigen. N. Kantish.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. März.

Achtung, Maler und Lackierer! Seit acht Tagen befinden sich die Kollegen in Crimmitschan in einem Abwehrkrieg. Wir ersuchen die besten Kollegen, hier von Notiz zu nehmen.

Das Agitationskomitee der Maler und Lackierer.

Der nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen wird seine diesjährige Hauptversammlung am 3. und 4. Mai in Leipzig abhalten. Abg. Gontard will einen Vortrag über die Landtagsverhandlungen halten. Außerdem sollen die Vorbereitungen zur Reichstagswahl besprochen werden.

Kranken-Versicherungswesen. Mit der Frage, ob Eltern ihre Kinder, die sie im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb beschäftigen, nach § 25 des sächsischen Gesetzes vom 22. März 1888 der Ortskrankenfasse anzumelden bezüglich der Beiträge an die Kasse zu zahlen haben, beschäftigte sich der I. Senat des Oberverwaltungsgerichts in einer Verwaltungstreitsache gegen die Ortskrankenfasse zu Zwenkau wegen Feststellung der Versicherungspflichtigkeit der im landwirtschaftlichen Betriebe der Kläger beschäftigten Kinder. Seitens des Vorstandes der Ortskrankenfasse zu Zwenkau waren einer großen Anzahl von Bewohnern in Rüßen und Kleinostrovitz die Aufforderungen erteilt worden, die Kinder, die in ihrem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt seien, bei der Ortskrankenfasse zu Zwenkau anzumelden, die nicht durch Verjährung erledigten Versicherungsbeiträge nachzuzahlen und fernerhin die Beiträge für die Kinder abzuführen. Dieser Weisung kamen eine große Anzahl nicht nach, so daß Strafbefehle gegen dieselben erlassen wurden, die aber vom Amtsgericht und Landgericht Leipzig wieder aufgehoben wurden. Nachdem ging die Ortskrankenfasse an die Amtshauptmannschaft Leipzig, welche die Gutsbesitzer zur Zahlung an die Kasse verurteilte, indem sie annahm, daß die Kinder im Sinne des oben angeogenen Gesetzes als versicherungspflichtige Mitglieder gelten. Gegen diesen Beschluss legten die Kläger Rechts ein, der den Erfolg hatte, daß die Entscheidung der Amtshauptmannschaft aufgehoben und die Kläger freigesprochen wurden. Die Amtshauptmannschaft nimmt an, daß hier kein versicherungspflichtiges Verhältnis vorliege. Die Kinder stehen nicht in solchem Lohn- und Arbeitsverhältnis, das die Versicherungspflicht erfordert, sondern sie gehören zum Handelsverband. Die Kinder haben keinen Gehalt, noch Lohn bezogen, sondern nur sogenanntes Taschengeld bekommen. Der Strafgericht des Oberverwaltungsgerichtes schloß sich der Ausführung der Vorinstanz an, worauf die Berufung verworfen wurde und die Klägerin die Kosten zu tragen hat.

Der 5. deutsche Samaritertag der vom deutschen Samariterbund (Sitz Leipzig) eingerufen wird, findet am 1. und 2. Juli in Posen statt.

Über das fragwürdige Kanalprojekt Leipzig - Berlin schreibt nunmehr die Börsische Zeitung: „In Sachsen taucht ein speziell sächsischer Kanalplan auf mit dem Entwurf eines Wasserweges Leipzig-Berlin, der in Riesa die Elbe kreuzen soll und dort Abzweigungen nach Döbeln, Leisnig und Grimma und weiteren mittelsächsischen Muldestädten hätte. In Torgau ist zur Förderung dieses Unternehmens bereits ein Komitee „hervorragender mitteldeutscher Großindustrieller“ zusammengeschlossen. Die Gesamtkosten werden auf 190 Millionen veranschlagt, von denen Sachsen und Preußen zusammen 100 Millionen, der Interessentenverbund 90 Millionen tragen soll. Wie beim preußischen Mittellandkanal, ist aber auch hier lediglich der Wunsch der Vater des Unternehmens. Haftstatisch ist über die Torgauer Tagung in Sachsen an anwesender Stelle nichts bekannt. Jedenfalls wird hier auch ein därflicher Plan kleinerlei Gezeuge finden, zumal für Sachsen keine entscheidenden Interessen gerade zur Verbindung mit Berlin vorliegen. Eben könnte ein Wasserweg zur Förderung der Feinindustriesfabriken in Frage kommen. Viel wichtiger wäre der sächsische Industrie eine Wasserstraße nach Schlesien und den westfälischen Steinkohlengebieten. Dazu könnte der Weichselrand helfen. Aus diesem Grunde ist, zumal bei der heutigen heissen Finanzlage Sachsen, selbstverständlich, daß die sächsische Regierung vor der Hand nicht daran denken kann, ein derartiges Unternehmen auszuführen.“

Ein reuiger Sünder. Unter dieser Überschrift schreibt der Vorwärts: Von einem Fall, wie er wohl nur selten dagevoren ist, gab uns der Inhalt eines eingeschriebenen Briefes Kunde, der uns, mit dem Poststempel Leipzig, 28. 3. 02, 3-10, 15 d versehen, am Sonnabend morgen zuging. Die Botschaft lautet:

An die Redaktion des Vorwärts, S. W., Beuthstraße 2.

Amfang Juli 1887 hat ein Herr Kästner aus Leipzig in Berlin einen Geldbrief mit 25 150 M. Inhalt zur Post gegeben, in welchem an seinem Bestimmungsort Leipzig diese Summe Geld nicht und statt dessen Papier vorgefunden wurde. Der Absender wurde ohne sein Verschulden bestellt. — — — Es lag nicht nur die angegebene Summe in dem Briefe, sondern noch ein Tausendmarkchein mehr darin, welches in ein separates, an die Frau des Absenders abgesetztes Couvert gelegt war. Ich habe seiner Zeit die in dem Briefe liegenden 25 150 M. gestohlen.

Das Glück hat mich dabei und auch noch später begünstigt, denn ich durfte mich Jahre lang an mehr als der Verdopplung dieses Raubes erfreuen. Aber es rächt sich jede böse That — denn nicht nur, daß ich seit der Ausführung dieser That keine ruhige Stunde hatte, habe ich jetzt vorigem Jahr durch die zur Sicht gewordene Börsenspekulation fast das ganze Geld wieder verloren — der Fluch der bösen That! — Um die mich peinigenden Vorwürfe zu lindern und meine letzten Stunden zu erleichtern, will ich den mir verbliebenen Rest seinem rechtmäßigen Besitzer zustellen. Meine vielfachen Versuche, die Adresse aufzufinden, waren vergeblich. Ich bitte deshalb, den Absender des unfehlbaren Geldbriefes: „Herrn Kästner aus Leipzig“, gefälligst zu ermitteln, eventuell mit Hilfe der dortigen Staatsanwaltschaft, durch welche er damals ohne Schulds verurteilt war, und demselben oder den Erben die beigelegte, von dem einstigen Briefrauber mit verbliebene Restsumme übergeben zu lassen. Sollte derfelbe verstorben und Erben nicht da sein, so überlasse ich die beigelegte Summe Ihrer Partei. Ich bitte dringend um gefällige Erledigung und um Entschuldigung dieser Unzen zugesetzten Vermüllung, wofür ich sehr danke.

Ich hoffe, daß Sie mir mein leichten Wunsch erfüllen können und zeichne hochachtungsvoll N. N.

Der Brief war mit den Buchstaben A. S. gesiegelt. Den beigefügten Geldbetrag, übrigens eine nicht allzu hohe Summe,

3. April

hat der Vorwärts an amtlicher Stelle deponiert. Vielleicht trägt die Bekanntgabe dieser seltsamen Mitteilung dazu bei, in diese vorab noch recht dunkle Angelegenheit einiges Licht zu bringen.

Die Gastwirte. Das Reichsgericht fällte am 17. Dezember 1901 folgende Entscheidung: Der Vertrag eines Wirtes mit einer Brauerei, auf Jahre hinaus alles Bier nur von letzter zu beziehen, darf nicht, wie geschehen, lediglich den allgemeinen Grundlagen über den Rücktritt von einem successiv zu erfüllenden Kaufgeschäft unterstellt werden. Denn bei solchem Vertrage ist das Fortkommen des Wirtes von der ordnungsmäßigen Lieferung abhängig, und eine schlechte Lieferung schlägt nicht nur für die Zeit, in der er auf sie angewiesen ist, einen erfolgreichen Wirtschaftsbetrieb unverderblich aus, sondern ist auch durch die Einwirkung auf die Kundenfahrt dauernd zu schädigen geeignet. Es hat deshalb als selbstverständliche Bedingung zu gelten, daß fortgezettet gut zu liefern und andererfalls der Rücktritt gestattet sei. Wenn also der Wirt, ein Wirt, der sich verpflichtet, 10 Jahre sein Bier von der Brauerei zu beziehen, trotz wiederholter Beanstandung den April hindurch und dann wieder im Mai schlechtes Bier erhält, so durfte er von dem Vertrage zurücktreten.

Die Fehldruckmarke. Durch eine Verfügung der Oberpostdirektion Berlin ist der Verlauf der Fehldruckmarken mit der Zeitschrift DFUTSCHIES REICH verboten worden. Die Schalterbeamten haben die Anweisung erhalten, bei Verkauf von ganzen Markenbogen die Fehldruckmarke auszutrennen und hierfür ein entsprechendes Wertzeichen am Rande des Markenbogens zu befestigen. Zum Zwecke der Feststellung der Ursache des Fehldrucks ist eine Untersuchung eingeleitet worden, die ergeben dürfte, ob das F durch einen unglücklichen Zufall oder durch Absicht auf die Druckplatte gekommen ist. Festgestellt wurde bisher, daß die Fehldruckmarken am 24. Februar d. J. hergestellt worden sind.

Wie muß eine Wohnung übergeben werden? Diese jetzt wieder zeitgemäße Frage wird durch eine Rechtsgerichtsentscheidung folgendermaßen beantwortet: Wenn es in den Mietverträgen heißt, daß der Mieter die Wohnung so zu übergeben habe, wie sie von ihm übernommen worden ist, so ist dies immer mit dem Zugriff zu versehen, soweit sie nicht durch ordnungsmäßigen Gebrauch abgenutzt oder abgewohnt ist. Der Mieter hat nur allein durch unpfeilige Behandlung verursachten Schaden zu ersehen. So hat er u. a. abgerissene oder mit Schmutz und Fettschlecken besudelte Tapeten reparieren zu lassen; verlorene Schlüssel müssen durch neue ersetzt werden. Dagegen hat er für abgelaufene Dienste, durchgebrannte Ofenplatten, schadhafte Schlösser und Thürkliniken nicht aufzukommen. Nur wenn sie durch gewaltsames und fahrlässiges Behandeln ruinirt oder beschädigt worden sind, muß sie der Mieter in Stand setzen lassen. Der Mieter hat die Wohnung vollkommen zu räumen und die Schlüssel dem Besitzer oder Hausmeister zu übergeben. So lange er dies nicht gethan hat, setzt er den Mietvertrag fort und muß den Mietpreis weiter bezahlen. Ferner hat der Mieter die Wohnung gereinigt, das heißt besenrein, zu übergeben. Eine besondere Reinigung von Fensterscheiben, Thüren und Wänden braucht nicht vorgenommen zu werden.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 1. Juni Einspruch erhoben werden. Kl. 21. Elektrotechnik. G. 15825: Elektrische Schaltvorrichtung. R. Günther, Dresden, Werderstraße 8. — Kl. 28. Fett- und Oel-Industrie. II. 26648: Verfahren zur Gewinnung des Orangenblütenölfettes. Helene u. Co., Leipzig. — Kl. 88. Hand- und Heißgeräte. E. 7705: Zusammenlegbare Schirm. R. Engelhardt, Frankenberg i. S. — Kl. 84. Hauswirtschaftliche Maschinen, Geräte und Gegenstände aller Art (Wäscherie). Kl. 84: Schublade. Sob. 17981: Als Rückenlehne dienende Vorrichtung an Badewannen, zur Benutzung derselben zu Wellen- und Sjöhädern. H. Schulze, Dresden-N. G. Gambrinusstraße 14. — Kl. 55. Papierherstellung. R. 15088: Vorrichtung zum Auftragen von Farbe, Lack oder dergleichen auf Papier oder ähnliche Stoffe. Rabehauer Maschinenfabrik, Aug. Koebig, Rabehauer b. Dresden. — Kl. 70. Schreib-, Zettel- und Malgeräte sowie Comptometergeräte. B. 80978: Lineal. Karl Gustav Böttmann, Leipzig. Gustav Adolf-Straße 45. — Kl. 70. Tabak, Cigarren, Zigaretten. H. 27185: Verfahren und Maschinen zur Herstellung von Strangzigaretten. O. Helmuth, Dresden, Schloßstraße 4. — Kl. 80. Tonwaren, Steine, Kalk, Cement, Asphalt, auch Werkstoffpressen. O. 8776: Verstellbarer Formrahmen zur Herstellung von Cementplatten und dergleichen. A. Opelt, Dresden, Blasewitzer Straße 26.

Die Generalversammlung der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt wurde heute früh unter Vorsitz des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Konrad Heinrich de Blagre abgehalten. Anwesend waren 112 Aktionäre mit 65 020 Stimmen und 19 506 000 M. Aktienkapital. Dem Vorstande und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt und die Verteilung von 8 Prozent Dividende beschlossen. Die ausscheidenden drei Herren des Aufsichtsrates, Justizrat Dr. Golditz, Oberjustizrat Ohm und Kommerzienrat Stöhr wurden wiedergewählt. Ebenso erfolgte die Wahl der vorgeschlagenen Herren Emil Lohde, Kommerzienrat Steckner und Heinrich Thiemer für die Revisionskommission.

Die Generalrevision über die Droschken 1. Klasse findet am 4. April, die über die Droschken 2. Klasse am 3. Juni, jedesmal auf dem Wege an der Tribune der Nennbahn statt.

Durch die Auffindung der Leiche des Justizrats Barth büßte nun auch die seiner Zeit ausgezeichnete Belohnung von 1500 M. fällig werden. Es war der Waldarbeiter Häubler aus Wallendorf, der den Leichnam fand.

Empfindlicher Schaden wurde einem Buttermünder dadurch zugefügt, daß ihm ein Spießbube seinen an der Ecke der Leibnizstraße und Gustav Adolf-Straße liegenden Wagen wegfuhr und ihn der aus Buttermünder bestehenden Waren im Werte von 108 Mark verlor. Der Wagen wurde später wieder aufgefunden.

Vermißt wird seit Anfang vorigen Monats der für eine hässige Firma thätig gewesene Reisende und Lagerist Rudolf Kregel aus Rönsdorf. Der Vermißte ist etwa 25 Jahre alt, von mittlerer Gestalt, hat blondes Haar und kleinen blonden Schnurrbart. Es wird vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat. Ferner wird der in der Colonadenstraße Nr. 9 wohnende, 62 Jahre alte Schneidermeister Friedrich August Kühl an Vermißt. Kühl ist von großer, hagerer Gestalt, hat graues Haar, ausgesättigten Vollbart und mehrere Narben im Gesicht und trug zuletzt einen gelbgrauen Sommerüberzucker, dunkles Jäppet, grünliche Hose und einen schwärzigen, weichen Filzhut. Man befürchtet, daß der Vermißte den Tod gefeuht hat.

kleine Polizeinachrichten. Ein 18jähriger Arbeitsbursche von hier stahl aus einer Wohnung der Brandvorwerkschule, gelegentlich eines vorübergehenden Aufenthalts, einen Geldbetrag von 200 M. und verlor dabei das Geld binnen kurzer Zeit mit einem gleichaltrigen Burschen. Der Dieb wurde in Haft genommen.

Einbruchdiebe haben aus einem Droguengeschäft in der Droschke einen Geldbetrag von 25 M. und aus dem Keller eines Grundstücks der Klostolastraße eine Anzahl Flaschen mit Weinwein gestohlen.

Von einem Möllwagen wurde ein Paket mit Seidengarben im Werte von etwa 88 M. gestohlen.

Um Morgen des zweiten Osterfeiertags wurde in der Winzerstraße die Glasscheibe des Schauzelteins eines Photographen zertrümmert. Der Thäter hat auch mehrere Bilder aus dem Laden gestohlen.

In der Beistraße wurde gestern nachmittag ein 42 Jahre alter Steinseher aus L.-Gohlis von einem Kutschenschirr umgerissen und überfahren, wobei er einen Unterschenkelbruch davontrug. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht. Der Name des Kutschers, der nach der Angabe von Augenzeugen den Unfall verschuldet hat, ist festgestellt worden.

Warnet. Ein färmlicher Nebenfall fand in der Nacht zum dritten Feiertag in dem Gasthofe zum Ritterstöckchen statt. Drei Männer kamen gegen 2 Uhr und verlangten noch Bier; es wurde ihnen zunächst verweigert mit dem Hinweis, daß Schluss sei. Infolge ihres schroffen Aufstrebens und um Sünden zu vermeiden, lehnte sich der Inhaber herbei und verabreichte noch drei Schnitt Bier. Unter unflätigen Reden trank man dies aus und verlangte noch drei Gläser. Während dieser Zeit hatte nichts Gutes ahnend, Herr Schäfer den Burschler an der Decke gespannt, sowie seines im Hause wohnenden Schwiegersohn durch seine Frau herbeiholen lassen und mit Hilfe dieser beiden gelang es, die Einbringlinge an die frische Luft zu befördern. Jedoch ebenso schnell lehrten zwei davon um, während der Dritte sie aussorderte, nur tüchtig zu zuschlagen. Sie verschlugen denn auch die Scheiben der Eingangstür, rissen die Thür auf und suchten Herrn Schäfer hinauszuziehen; es gelang aber nicht; nun zerbrachen sie zwei Stühle und einen Tisch und ließen auf die drei Personen und den inzwischen noch hinzugekommenen Sohn ein; der Sohn warf man die Tischplatte nach. Es gelang nun zum zweitenmal, die Einbringlinge hinaus zu werfen, danach waren diese noch einen mitgenommenen halben Stund durch die Fensterscheibe in die Gaststube. Nun machte sich der Wirt mit seinen Leuten nach Leutzhof auf und mit Hilfe zweier Schuhleute in Civil gelang es, zwei der Standalmacher in der Bahnhofstraße festzunehmen. Die beiden hießen Kallmeyer und Tillner aus Leutzhof.

Vereine und Versammlungen.

Mitgliederversammlung des Deutschen Kürschner-Verbandes (Filiale Lindenau).

Zunächst giebt der Vorsitzende bekannt, daß die Filiale vom Hauptvorstande genehmigt und beim diesigen Polizeiamte angemeldet worden ist. Kollege Hege erachtet eine Unterstützung für einen kranken Kollegen, der schon zwei Jahre arbeitsunfähig ist. Zu diesem Zwecke soll in den eingeladenen Werkstätten nach freiem Ermessens gesammelt werden. Beitreff der Feier des 1. Mai entspinnt sich eine längere Debatte, in der verschiedene Meinungen zum Ausdruck kommen. Mehrere Redner weisen darauf hin, daß es, wie in Warstanstädt, Schkeuditz und Rötha, auch in Lindenau möglich sein müsse, am 1. Mai zu feiern. Andere Kollegen meinen dagegen, daß das für sie unmöglich sei. Bei der Abstimmung stimmen 87 Kollegen für, 6 gegen volle Arbeitsruhe; 16 enthalten sich der Stimme. Beigleich des internationalen Kongresses der Kürschner liegt folgender Antrag vor: Die Filiale Lindenau beauftragt den Delegierten zum Kongreß, dahin zu wirken, daß die Redaktion der Kürschnerzeitung in Brüssel verbleibt. Mehrere Kollegen wünschen noch, daß die Hamburger niemals mehrere Orte vertreten können. Heraus wird Kollege Böttcher als Delegierter gewählt. Die Entschädigung des Vorstandes des alten Verbandes wird, wie schon früher festgesetzt, bewilligt und alles weitere der allgemeinen Kommission überlassen. Es kam dann noch die kürzlich abgehaltene Versammlung der Hirsch-Dünderischen Gewerkschaft zur Sprache, deren Auflösung jedenfalls nicht durch unser Verschulden herbeigeführt worden ist. Man hätte vor allem erwarten können, daß in einer öffentlichen Kürschnerversammlung auch die Leitung der Versammlung aus Kürschnern bestehen müsse.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Über die Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter war in Nr. 72 der Leipziger Volkszeitung ein Artikel enthalten, aus dem hervorgeht, daß die Vereinigung in lobendwerten Weise besteht ist, kranken und in Not geratenen Arbeitern zu Hilfe zu

kommen. In dem Jahresbericht beigegebenen Verzeichnis jenerjenigen, die freiwillige Beiträge an die Vereinigung abführen, finden sich jedoch Namen von Personen vor, deren sonstiges Verhalten den Arbeitern gegenüber mit dem Zweck der Vereinigung durchaus nicht in Einklang zu bringen ist. Man braucht n. a. nur auf die Firma Deutsche Kunsthölzerwerke Leipzig-Gohlis, jetzt in Eutritshaus, zu verweisen. Der Inhaber dieser Firma war am 18. Oktober v. J. seine Arbeiter auf Pfaster, weil sie sich keinen Wünschen nicht fügen wollten, und es gelang ihm schließlich mit Hilfe des Holzindustriellenverbandes und der Tischlerbruderschaft, einen Beschluss herbeizuführen, wonach die Arbeiter ein halbes Jahr ausgesetzt werden sollten. Nur die Organisation der Holzarbeiter, die bisher gegen 10 000 M. Unterstützung an die Arbeiter gezahlt hat, hat sie vor der größten Not, der sie infolge der Handlungswise der Unternehmer ausgesetzt waren, geschützt. Solche Opfer der Unternehmerschaft haben der Holzarbeiterverband noch mehrere zu unterstellen. Auf der einen Seite sucht man die Arbeiter auszuhungern und fördert dadurch Not, Elend und Krankheit, und auf der anderen Seite will man durch geringe Beiträge, die man an die Vereinigung aus für die Fürsorge für kranke Arbeiter entrichtet, die Not lindern helfen. Die hier als Wohlthäter gewiesenen Arbeitgeber sollten doch zu der Einsicht gelangen, daß sich Not und Krankheit unter den Arbeitern nicht durch Mildtätigkeit beseitigen lassen, sondern dadurch, daß man die traurige Lage der Arbeiter verbessert und ihnen menschentümliche Verhältnisse zugestellt. Vor allem sollte man aber der Organisation der Arbeiter keine Hindernisse bereiten.

Moritz Börner,
Bevollmächtigter des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Von Nah und Fern.

Ein sensationeller Selbstmordversuch.

Paris, 2. April. Der Romanschriftsteller Dubut de Vorey filtrte sich heute nachmittag in selbstmörderischer Absicht aus einem Fenster seiner im vierten Stocke belegenen Wohnung auf die Straße und erlitt tödliche Verlehrungen.

Lezte Nachrichten.

Das englische Kriegsministerium gibt bekannt, daß sich am 30. März in der Nähe von Barberton in Transvaal ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet hat. 39 Soldaten wurden getötet, 45 verletzt.

Nizza, 3. April. Gestern abend gegen 8 Uhr stürzte der zwölfjährige Sohn des Schaffners Faenichen unweit der Elbe in die Fahrt. Seine Mutter sprang ihm nach, um ihn zu retten, wurde jedoch vom Schlag getroffen, während der Knabe ertrank. Beide Leichen sind gefunden.

Auskunft im Rechtsfragen.

G. H., Deutscher. Wenn die Mieter bloß pränumerando bezahlen, so können Sie das auch fernherhin verlangen. Falls Sie schriftliche Verträge nicht haben, nach denen eine sofortige Auflösung der Mietverhältnisse angängig wäre, so bleibt nur übrig, den Mietzins beim Amtsgericht einzulegen.

Briefkasten der Redaktion.

B. R., Täubchenweg. 1. Die Namen des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden finden Sie in der gestrigen Nummer in der Rubrik Leipziger Angelegenheiten und unter der Spitzmarke Arbeiterversicherung. Die Namen der Beisitzer sind uns unbekannt. 2. Von Dynhausen hatte 1895 etwa 2500 Einwohner.

B. R. Kann von uns nicht empfohlen werden.

B. R. 1. Durch Gesetz vom 8. August 1893. 2. Der 1890er Jahrgang.

Billige Schuhwaren

14 Markthallenstrasse 14.

Morgen früh eintreffend:
Gabilou, ohne Kopf à Pfund 16 Pf.
Schwefelk. à Pfund 18 Pf.
Weißk. a Pfund 20 Pf.
O.C. Matthes, Lindenau, Merseburger Str.

Möbel
Lieget sold und billig [2528]

E. Panster

Plagwitz Grosszschocher
Merseburger Straße 18 Hauptstraße 84.

Speisekartoffeln, mehrere, 10 Pf.
Robert Funke, Lindenau
Ede Gondorfer u. Wettinerstr.

Hermann Baumann
7 Südstrasse 7

machtfreunde. Genossen aufsehenerregende
solid gesetzte Arbeits-Anzüge, Mützen,
Schuhe u. Stiefel aufmerksam.

Curt Eule, Dresden Str. 53
empfiehlt erstklassige Fahrzeuge zu bill. Preisen.
Zubehörteile spottbillig, bei größter Aus-
wahl. Lenktangen, I. Qual., 45.50, Pedale
u. 4.50 cm, Autylex-Lat. u. 4.20 cm.

Stabile Fahrräder
für Dam. u. Herren 125, 150, 175, 200.

Gefahrne Räder billig.

Sommerlatte, Pfaffendorfer Str. 13.

Fahrrad-Reparatur-Werkstelle
R.-Reinhardt, Bergstraße 18.

Neue Fahrräder v. 140 M. an mit Garantie.
Laufdecken v. 7.50 M. an mit Garantie.
Lager sämtlicher Zubehörteile.

Gardinen

in weiß und crème
für 1 bis 4 Fenster passend
statt 4.4. - 7. - 9. - 12. -
jetzt 4.25. 4. - 5.75. 8. -
kommen in dieser Woche zu ganz
außerordentlich herabgesetzten
Preisen zum Verkauf. [2158]

Hugo Blum
Wäbho- u. Ausstattungsmagazin
9 Reichsstrasse 9
part. 1. u. 2. Eig.

Billig! Billig!

25

Bettstellen

mit Matratzen

sind einzeln mit 5 M. An-
zahlung u. restentlich 1 M.
Abzahlung abzugeben.

S. Osswald

Königplatz 7, I.

gegenüber der Markthalle.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt [5727]

E. Kriebler, 2. Plagwitz

Plagwitzsche Straße 50.

NB. Abonnement auf die Volkszeitung
werden jederzeit entgegen genommen.

Für den Garten.

Sämerole, Knollen, Stauden,
Rosen, hochstämig und niedrig,
Boerensträucher u. Gemüsepflanzen
empfehlen in vorzüglichen Qualitäten zu
billigsten Preisen [3096]

Pabst & Kunert
Leipzig, Windmühlenstr. 23.

Empfehle meine
Damenbinden

Gummibinden für Massage, Wochens-

und Krankenpflege. [8110]

Hüttnerangenhobel. Halbstetthen für

zähnende Kinder. Preisliste 30 Pf.

Frau Auguste. Graf, Nikolaistraße 2.

Int. Speisehaus Lind., Gieserstr. 2.

Int. Suppe 30 Pf., 6 Cetzen, 1.70 M.

000.000

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgälichen 9, I.

am Markt u. Rathaus.

Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste
Frühjahrssorten, komplette Anzüge,
alle Farben u. Weiten. Cleg. Frack u.
Gesellschaftsanzüge, auch leichtweiss.

Käufe und Verkäufe.

Pneum. Appar. tabellös, umständehab.
Gänger, Zwischenwörter Str. 28, II. r., II. t.

1 Brodhause-Berlison, 17 Bände,
sowie andere Bücher billig zu verkaufen.
Gef. Offert. unt. P. B. an die Exp. d. Bl.

Plüschi-Ottom, 45, Sofa 20, Schränke 18,
Bettet. m. Matr. 18 M. Burgstr. 9, I.

Herrenanz. 20 Mk., Burschenanz. 15 Mk.,
woch. 1 Mk. Reudnitz, Kapellenstr. 3.

Barth, Kurprinzipalstraße 24,
Eleg. Ritterwag., v.
M. 18, Puppenw. M. 1.60, Kinderst. 50.8,
Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neul. Markt. 67

Schöne Schürzen selten
Kein Laden. Mittelstraße 26, p.

Fahrrad bill. z. verl. Go., Lange Str. 32.

Leere Cigarettenkisten verkaufen
Borleis, Markthallenstr. 12.

Eine sch. Plättchen billig zu verkaufen.
Vollmarßdorf, Kirchstraße 41, II. I.

Sofa bill. zu verl. Sternwartenstr. 49, II. I.

Guter, Kinderwagen billig zu verl.

Thomafiusstraße 20, II. IV. I.

Gebr. Schulbücher f. 8. Klasse zu kaufen
gesucht. Lindenau, Hohe Straße 5, II. I.

Wirhaare faust
Herrn. Klaus, Nürnberger Str. 37, p. zum heut. Geburtstage. Mama u. Eltern

Unserer alten Genossen und Sangesbruder

Herrn **Karl Wolf** nebst Gemahlin

zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwunsche.

Die Parteigenossen u. die Sängerabteilung des Arbeitervereins

8090) für Zwenkau und Umgegend.

Am 3. Osterfesttag früh 4.6 Uhr verschießt nach kurzem Krankenlager

unser lieber Bruder

Karl Hermann Uhlemann

im Alter von 23 Jahren. Dies zeigen nur hierdurch bestrebt an

L.-Schleswig, den 8. April 1902.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag früh 4.10 Uhr vom Krankenhaus St. Jakob auf.

http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020403/8

2. Beilage zu Nr. 75 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 3. April 1902.

Gesamtkonferenz der Sozialdemokratie Sachsen.

s. Meißen, 2. April 1902.

Die heutige Vormittagssitzung wird kurz nach 9 Uhr vom Vorsitzenden, Schmidt-Meissen, eröffnet. Er bringt ein Bezugsschreiben eines Genossen aus Gleichen zur Kenntnis der Konferenz, das in dem Wunsche gipfelt, der Meissener Kreis möge unserer Partei bald zufallen.

Zum letzten Gegenstand der gestrigen Verhandlungen, die Tätigkeit des Landtags, ist folgende Resolution eingegangen: Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie verurteilt auf schärfste die einseitige, die Gefährtin des sächsischen Volkes schwer schädigende Interessenpolitik des Landtags, die besonders bestimmt wird durch das indirekte Dreiklassenwahlrecht, das jede Vertretung der Arbeiterschaft ausschließt. Deshalb fordert die Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und erklärt für die Pflicht der Parteigenossen Sachsen, die energetische Tätigkeit zur Erlangung derselben fortzusetzen, bis das Ziel erreicht ist."

Sindermann-Dresden beantragt, in Anbetracht des vorzüglichen Referats des Genossen Goldstein von einer Diskussion abzusehen. Die Landesversammlung beschließt demgemäß.

Darauf wird die Resolution einstimmig angenommen.

Die Landtagswahlen.

Schulze-Tossebaude (Berichterstatter): Parteigenossen! Anfangs war geplant, die beiden Punkte unserer Tagesordnung, die Tätigkeit des Landtags und die Landtagswahlen, zusammen zu behandeln. Die Agitationssomitees waren jedoch der Ansicht, man sollte über die beiden Punkte getrennt beraten. Deshalb muß ich besonders über die Landtagswahlen reden. Wir haben bei den letzten Landtagswahlen eine größere Wahlbeteiligung als in früheren Jahren leider nicht zu verzeichnen gehabt. Diese war vielmehr bei den Wahlen des letzten Drittels, das unter dem Dreiklassenwahlrecht wählte, fast ebenso groß als bei den vorhergehenden Wahlen unter dem neuen Gesetz. Die Thatache konnte diesbezüglich, die bisher Gegner der Landtagswahlbeteiligung gesetzen sind, in der Meinung bestärken, daß die Partei zu einem größeren Einstrom in der zweiten und dritten Klasse überhaupt nicht gelangen könnte. Wenn man aber genauer hinsieht, wird man zugeben müssen, daß dieser Einwand nicht stichhaltig ist. Erstens handelt es sich bei den letzten Wahlen um eine Anzahl Wahlkreise, bei denen auch unter anderen Verhältnissen ein Erfolg ausgeschlossen war, ferner standen zum großen Teil gerade solche Kreise zur Wahl, in denen man bisher von einer Wahlbeteiligung nichts wissen wollte. Wenn man in Leipzig eine starke Wahlbeteiligung zu verzeichnen war, so beweist das, daß in Leipzig der Widerstand gegen die Wahlbeteiligung im Schwaden begreift ist und es wird dadurch fast zur Gewissheit, daß die Leipziger in Zukunft mit uns zusammengehen werden. (Zustimmung.) Das Centralomitee hatte eine Enquete über die Tätigkeit der Landtagswahl geplant und zu diesem Zweck Fragebogen ausgegeben. Allein die Ausfüllung der Bogen war so ungeliebt, daß ein brauchbares Material, das zu verwenden wäre, überhaupt nicht vorhanden ist. Wir sind daher nicht in der Lage, Ihnen mit Zahlen dienen zu können. Das ist entschieden im Rang. Und wenn wir ferner, was ich hoffe, an der Wahlbeteiligung festhalten, so wird eine umfassende Wahlstatistik zur Verfügung stehen.

Das Dreiklassenwahlrecht bietet nicht nur in Bezug auf unser Organisation außerordentliche Schwierigkeiten, sondern auch hinsichtlich seiner komplizierten Technik. Diese kennen die Genossen im allgemeinen noch viel zu wenig. Hier ist nicht die Art, ausführlich darauf einzugehen. Das ist vielmehr Sache der einzelnen Wahlkreise, weil die Sache fast in jedem Wahlkreise anders liegt. Es ist aber unser Pflicht, die Genossen auf die Sache hinzuzweisen, sich Macht über die Technik des Dreiklassenwahlrechts zu verschaffen. Unbedingt nötig ist ferner auch, daß die Genossen in den einzelnen Kreisen früher als bisher mit der Agitation- und Organisationsarbeit zur Landtagswahl beginnen. Sicher hat man sich in der Regel dann erst mit den Landtagswahlen beschäftigt, wenn diese ausgeschrieben waren. Unter diesen Umständen blieben nur wenige Wochen zur Vorbereitung der umfassenden und zeitraubenden Vorarbeiten und zur Agitation. Eine so kurze Zeit genügt aber nicht. Es kommen noch hinzu die Schwierigkeiten der Wahlmännerbeschaffung. Alle diese Schwierigkeiten sind aber nicht unüberwindlich, wenn mit den Vorarbeiten in zweckmäßiger Weise vorgegangen wird. Da die Landtagswahlkreise oft in verschiedene Reichstagswahlkreise hineinreichen, ist notwendig, daß auch die Genossen der betreffenden Reichstagswahlkreise gemeinschaftlich über das Vorgehen bei der Landtagswahl beraten. Es hat also noch an Verschiedenem geschah und daher ist es auch erklärlich, daß die Wahlbeteiligung noch viel zu reichen übrig ließ.

Notwendig ist aber auch, daß unsere Presse den Landtagswahlen eine größere Bedeutung beimittelt als bisher. Es muß ja angegeben werden, daß es in letzter Zeit besser geworden ist. Bei der letzten Wahl hat besonders die Sächsische Arbeiterzeitung eine Reihe guter Artikel gebracht. Das ist aber nur in der neuern Zeit geschehen, früher liegen unsere Zeitungen sehr viel zu wünschen übrig. Wir haben den Mißstand zu verzeichnen gehabt, daß die Leipziger Volkszeitung und das Sächsische Volksblatt vor und selbst während der Wahlen gegen die Beteiligung geschrieben haben. (Goldstein ruft: Das ist nicht wahr!) oder wenigstens mit Gewicht bei Fuß dabei standen. Diese Taktik hat uns sehr viel geschadet. Nun, die Dinge haben sich bei den letzten Wahlen bedeutend gebessert und wir können uns wohl deshalb der Hoffnung hingeben, daß die Landtagswahl in Zukunft günstiger für uns ausfallen wird. Wenn wir aber dazu gelangen wollen, müssen wir uns zur ganz besonderen Pflicht machen, mehr in die ländlichen Kreise einzudringen. Wohl sind die Protestveranstaltungen gegen den Brotwucher gut beobachtet, es hätte aber mehr zur Aufklärung der Fernerlebenden in der ländlichen Bevölkerung geschehen müssen. Die Landtagswahl ist eine vorzüchliche Gelegenheit, mit der Agitation in die weitesten Volkschichten einzudringen. Hier können wir dem Volle die herrschende Interessenpolitik am besten darlegen. Genosse Goldstein hat schon gestern darauf hingewiesen, daß die arbeitende Bevölkerung schon auf Grund der direkten Steuern die Landtagswahl haben müßte. Noch deutlicher aber tritt zu Tage, welche schweren Unrechte die Wahlbeteiligung ist, wenn wir auch die indirekten Steuern in Betracht ziehen, die heute in Sachsen aufgebracht werden. Es sind 71 Millionen, davon kommen allein 28 Millionen auf die Getreidezölle; dieser letzte Betrag würde aber auf 40 bis 45 Millionen steigen, wenn der Brottarif in seiner jetzigen Form Geseh würde. Über schon heute können wir damit rechnen, daß die arbeitende Bevölkerung durch die direkten und indirekten Steuern gegen 80 Millionen aufspringt. Das ist mehr als die Hälfte des Gesamtbetrags. Demnach müßte, wenn das Wahlrecht nach den Pflichten und Lasten verteilt werden soll, die arbeitende Bevölkerung auch die Hälfte der Landtagsmandate besitzen. Diese Dinge müssen mehr als bisher in die öffentliche Hand gebracht und besonders den ländlichen Kreisen näher gebracht werden. Durch die Agitation, durch unsere Zeitungen müssen wir das Volk darüber aufklären. Ich bin der Meinung, daß durch Petitionen an den bestehenden Zuständen nichts geändert wird, ich bin aber auch andererseits der Überzeugung, daß der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht nur durch die Wahlbeteiligung mit Erfolg geführt werden kann. (Beifall.)

Schulze-Leipzig: Genosse Schulte sieht durchdrücklich, daß seiner Meinung nach die Zahl der Wahlbeteiligungstreunde in Leipzig

größer geworden sei. Das ist wohl nicht der Fall, aber ich kann versichern, daß sich die Leipziger Genossen solange an der Wahl beteiligen werden, solange nicht etwas anderes beschlossen wird. (Beifall)

Kloth-Leipzig: Ich möchte den Vorwurf zurückweisen, daß die Leipziger Volkszeitung eine gewisse Abstinenz während der Wahl empfohlen hätte. Davon habe ich nichts gemerkt. (Burkhardt des Genossen Schulze: vor der Wahl) Nein, es ist gesagt worden während der Wahl. Im übrigen bin ich der Meinung, daß man auch ohne Wahlbeteiligung das Dreiklassenwahlrecht agitieren kann. Die Stellung der Leipziger ist dieselbe geblieben. Wir sind noch wie vor Gegner der Wahlbeteiligung, sagen uns aber den Beschlüssen des Parteitages. Wir sind indes noch immer der Meinung, daß der Beschluß des Parteitags, der auf Wahlbeteiligung lautet, nur formal bedeutet, daß ein Versuch gemacht werden soll.

Goldstein: Wir werden vergeblich warten müssen, daß die Regierung uns eine Wahlstatistik vorlegt. Ich hatte aber erwartet, daß das Centralomitee wenigstens die Zahlen über das Ergebnis der letzten Landtagswahl veröffentlicht, die durch die Fragebögen ermittelt worden sind. Einiges ist doch eingegangen. Ich hätte aber das Wort nicht genommen, wenn Genosse Schulze nicht die Bemerkung gemacht hätte, daß Sächsische Volksblatt habe gegen die Wahlbeteiligung geschrieben. (Schulze ruft: früher.) Ja, Genosse Schulze hat sich so verlaufenliert ausgesprochen, daß man nicht klar wurde. Ich protestiere jedenfalls gegen die unwahre Behauptung, daß das Sächsische Volksblatt bei der letzten Wahl gegen die Wahlbeteiligung geschrieben hätte, ausdrücklich.

Blasius-Leipzig: Da wir im nächsten Jahre auf die Resultate der Reichstagswahl von 1898 warten, so können wir wohl im allgemeinen sagen, sie sind befriedigend, aber wir haben schon damals gesagt, gut sind sie nicht. Wir haben damals in 11 von den 23 Reichstagswahlkreisen gesiegt, haben 4 neue Mandate erobert und einen Stimmenzuwachs von 20 000 verzeichnet können. Die Zahl der gegnerischen Stimmen ist ständig zurückgegangen. Sie betrug 1890 880 000, 1895 820 000 und 1898 nur noch 805 000. Dagegen erzielten wir 1890 241 000, 1895 270 000 und 1898 290 000 Stimmen. Während 1890 die Gegner noch einen Vorsprung von 90 000 Stimmen hatten, sind sie uns jetzt nur noch um 6000 Stimmen voraus. So günstig dieses Bild auch aussieht, so wird es doch unangenehm getrübt durch die Thatache, daß wir nicht nur zwei Kreise – den 15. und 28. – verloren haben, sondern auch in einigen Wahlkreisen Stimmenzurückgang zu verzeichnen haben. Das ist beschämend für uns. Wir müssen und zur Aufgabe machen, diese ungünstigen Wahlkreise ganz besonders zu bearbeiten und vorzunehmen, damit so etwas nicht wieder kommt.

Sindermann-Dresden: Wenn Goldstein den Bericht des Centralomitees genau durchgelesen hätte, würde er den Vorwurf gegen das Centralomitee unterlassen haben. Wenn nichts eingibt, können wir auch keine Zahlen geben. Nun hat Genosse Schulze gesagt, die Zeitungen hätten bei der Landtagswahl ihre Schuldigkeit nicht getan. Das trifft nur auf frühere Zeiten zu. Bei den letzten Wahlen haben alle vier Blätter in Sachsen ihre Schuldigkeit voll getan. Nun müßten aber auch die fortgesetzten Angriffe auf die Beschlüsse der Landesversammlung und des Parteitags über die Wahlbeteiligung eingestellt werden. Ich erinnere nur daran, wie Genosse Grenz in der Leipziger Parteiversammlung gegen die Wahlbeteiligung geschaut hat. Das sollte nicht geschehen. Man sollte bedenken, daß die Wahlbeteiligung sich erst einleben muss. Die Parteigenossen sollten bei der Wahl in erster Linie für eine gute Befreiung der Wahlkomitees sorgen.

Sorenz-Chemnitz: Es hat keinen Zweck, die alten Sachen wieder aufzurütteln. Bezüglich der letzten Landtagswahlen haben wir keinen Ansatz, Trübsal zu blasen. Wir haben ganz hilfslose Resultate in der dritten Klasse zu verzeichnen und sind auch in der zweiten Klasse vorgedrungen. Wir müssen aber auch, wenn wir uns einmal beteiligen, mit voller Wucht in den Kampf gehen. Mir scheint, daß man es in dieser Beziehung bei der letzten Wahl hat schaffen lassen. Ich sehe nicht ein, weshalb wir ein so gutes Agitationssmittel, wie die Landtagswahlen, unbunzt lassen sollen. Wenn wir, wenn es gilt, unsere ganze Kraft auch auf die Landtagswahlen konzentrieren, dann wird es uns auch gelingen, in der zweiten Klasse weiter einzudringen und schließlich auch Mandate zu erobern.

Behr-Letzig: Der Vorwurf, die Leipziger Volkszeitung hätte gegen die Wahlbeteiligung agitiert, ist vollständig unberedtigt. Die Volkszeitung ist im Gegenteil für Wahlbeteiligung eingetreten. Damit haben aber die Leipziger Genossen nichts zu tun, das ist Sache des einzelnen Redakteurs, der sogar so weit geht, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien zu empfehlen. Wir glauben an einen größeren Erfolg bei der Landtagswahl nicht. Die Leipziger werden es aber fertig bringen, mit der größten Energie die Landtagswahlagitation zu betreiben, damit die Parteigenossen Sachsen sehen, daß wirklich nichts zu machen ist und sie in der Wahlbeteiligungfrage zu anderer Ansicht kommen. (Heiterkeit.) Wir sind uns darüber klar, daß nichts auszurichten ist. Noch ein Wort über unseren Genossen Grenz. Nach meiner Ansicht liegt die Sache so, daß man sich wohl den Beschlüssen der maßgebenden Instanzen fügen muß, daß aber der Widerstand durch einen solchen Beschluß ein Maulkorb nicht angelegt wird. Das Recht der Kritik bleibt uns unbenommen. (Sindermann ruft: Es fragt sich nur, wie.) Du (zu Sindermann) weißt nur, was die Zeitung berichtet hat. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß Grenz durch Illegie in der betreffenden Parteiversammlung provoziert worden ist. Ganz hätte er wohl geschwiegen.

Goldstein: Das Agitationssomitee hätte sich das Material aus der bürgerlichen Presse h主观nellen sollen. Es sind genügend vollständige Wahlresultate veröffentlicht worden. Ohne Zahlenresultate hat die ganze Diskussion keinen Zweck. Da haben wir nun das Referat gehört und ich weiß immer noch nichts über die letzten Landtagswahlen.

Ein Schlusshandlung wird angenommen.

Sindermann-Dresden (persönlich): Die Zahlen in der bürgerlichen Presse hätte er geprüft, aber gefunden, daß sie nicht richtig seien.

Die nächsten Reichstagswahlen.

Zu diesem Punkt sollte anfangs Genosse Geyer referieren. Da dieser jedoch eben erst von einem Krankheitsanfall genezen ist, übernimmt an seiner Stelle das Referat.

Genosse Gradnauer. Der Redner weist eingangs darauf hin, daß es sich nicht darum handelt, ein umfassendes Bild von der Reichspolitik zu geben. Diese Dinge sind, so führt er aus, bekannt und es liegt keine Notwendigkeit vor, in ähnlicher Weise darüber zu berichten, wie Genosse Goldstein das getan über die politische Situation in Sachsen gethan hat. Es kommt vielmehr nur darauf an, einige für die Reichstagswahlagitation besonders wichtige Momente herauszutragen. Es ist auffallend, daß wir uns schon jetzt mit den Reichstagswahlen beschäftigen. Es ist aber durchaus zweckmäßig, sich so früh als möglich mit den Reichstagswahlen zu beschäftigen und wenn möglich, schon jetzt in die Vorbereitungen einzutreten. Wir befinden uns infolge der zollpolitischen Wände der Regierung in einer ganz besonderen politischen Situation. Das Volk befindet sich in einer Aufruhr, wie wir es sonst nur zu Wahlzeiten beobachten. So wird durch die Politik der Reichsregierung die Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre gewissermaßen kompensiert. Man wollte die Aufruhrungen der Wahlen möglichst verhindern und treibt jetzt eine Politik, die verursacht, daß die Wahlbewegung schon lange vor der Wahl beginnt und so bedeutend verlängert wird. – Keine Partei hat ein solches Interesse an den Reichstagswahlen wie die Sozialdemokratie. Wohl haben wir auch Vertreter in Eingeländen und städtischen Körperschaften. Aber es sind nur winzige Minoritäten. Gerade in diesen Körperschaften sind Hochburgen der Reaktion. Trotz aller Bemühungen sind wir auf dem kommunalen Gebiete nicht weit vorgedrungen. Nur der Reichstag ist eine Stätte, wo die arbeitenden Klassen Einfluß gewinnen könnten. Darum ist natürlich, daß sich unter Interesse in ganz besonderem Maße auf dieses Parlament richtet. Für uns sächsische Sozialdemokratien sind die Reichstagswahlen aber von ganz besonderer Bedeutung. Durch die heutigen Verhandlungen zog sich fast ständig der Gedanke

von dem schweren Unrecht, das uns durch die Wahlrechtsverminderung und das Dreiklassenwahlrecht zugefügt wurde. Wohl

werden auch die Genossen in Preußen durch ein Dreiklassenwahlrecht beeinträchtigt, aber es ist ganz etwas anderes, ob ein Volk ein Wahlrecht noch nicht hat, oder ob man es ihm genommen hat. Der Wahlrechtsraub ist ein Unrecht, das fortgesetzt die größte Verbilligung in den Gemütern erzeugt. Wir haben schon damals, als uns das Dreiklassenwahlrecht aufsetzte, erklärt: Werkt ihr unsere Abgeordneten aus dem Landtag, so werden wir dafür sorgen, daß mehr Sozialdemokraten in den Reichstag kommen. Nun, wir sind in dieser Richtung schon erfolgreich thätig gewesen, wir wissen aber auch, daß wir in der begonnenen Weise fortzufahren haben. Die Zahl der ordnungspolitischen Reichstagsabgeordneten Sachsen muß immer geringer werden. Wie mag dem sächsischen König zu Mute sein, der alle Jahre die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten Sachsen empfängt, und dabei bemerkt muß, daß das Häuslein immer mehr zusammenschmilzt. Jetzt sind es nur noch 11 und wir werden dafür sorgen, daß es noch weniger werden.

Wenn wir nun einen Blick auf die Resultate der Reichstagswahl von 1898 werfen, so können wir wohl im allgemeinen sagen, sie sind befriedigend, aber wir haben schon damals gesagt, gut sind sie nicht. Wir haben damals in 11 von den 23 Reichstagswahlkreisen gesiegt, haben 4 neue Mandate erobert und einen Stimmenzuwachs von 20 000 verzeichnet können. Die Zahl der gegnerischen Stimmen ist ständig zurückgegangen. Sie betrug 1890 880 000, 1895 820 000 und 1898 nur noch 805 000. Dagegen erzielten wir 1890 241 000, 1895 270 000 und 1898 290 000 Stimmen. Während 1890 die Gegner noch einen Vorsprung von 90 000 Stimmen hatten, sind sie uns jetzt nur noch um 6000 Stimmen voraus. So günstig dieses Bild auch aussieht, so wird es doch unangenehm geträut durch die Thatache, daß wir nicht nur zwei Kreise – den 15. und 28. – verloren haben, sondern auch in einigen Wahlkreisen Stimmenzurückgang zu verzeichnen haben. Das ist beschämend für uns. Wir müssen und zur Aufgabe machen, diese ungünstigen Wahlkreise ganz besonders zu bearbeiten und vorzunehmen, damit so etwas nicht wieder kommt.

Der Kampfboden im nächsten Reichstagswahlkampf scheint allerdings günstig für uns zu sein. Das sind die Folgen der jungerlichen Interessenpolitik und der Widerstand nach Selbstverwertung. Wenn das Volk sieht, wie der Brotwucherartifiz dahin führt, müssen unsere Industrie in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen werden, daß Arbeitslosigkeit und andere Misstände die Folge sein müssen, so muß diese Erkenntnis unseren Gegnern, die diese Politik betreiben, allerdings nachteilig werden. Wir können daher nur lebhaft wünschen, daß die Wahlen unter der Parole des Brotwucherartifiz stattfinden. Auch die übrige Politik der Reichsregierung muß uns zu statthen kommen. – Der Redner verbreitet sich sodann ausführlicher über den Kampf um den Brotwucherartifiz. Man sagt, so führt er aus, wie wollten Obstruktion treiben. Nun, wir denken nicht daran, mit Peitschen und Füllleder zu arbeiten; wir werden aber für eine gründliche und eingehende Beratung der mehr als 1000 Positionen des Brotwucherartifiz sorgen. (Heiterkeit.) Jetzt hat man erst 48 Positionen in der Kommission beraten und zwar nur erst in der ersten Sitzung. Dann kommt noch die zweite Sitzung und die zwei Lesungen im Reichstage. Man sieht, die Geschichte kann noch lange dauern.

Mehr noch hat man sich dahin ausgesprochen, es könnte eine Auflösung des Reichstags erfolgen. Ich will nicht prophezeien, aber das darf man sagen, es wäre kaum zu verhindern, wenn die Regierung jetzt eine Reichstagsauflösung vornähme. Die Regierung kann sich nur auf eine kleine Zahl Nationalliberaler stützen; alle anderen Parteien hat sie, allerdings aus verschiedenen Gründen, auf die konservativen Interessen bestimmt die sächsische Regierung. Ja, der preußische Minister v. Rheinbaben hat das Geheimnis unserer heutigen Gelehrten entdeckt, als er gestand:

Gewiß, wir müssen für unsere Jünger und den Handel sorgen; denn woher sollten wir dann unsere höheren Beamten und Offiziere nehmen? Der Ausspruch führt uns in den Kern der Sache. Es ist ein hochpolitischer Kampf, den wir führen. Die ganze politische Zukunft unseres Reiches steht auf dem Spiele. Die preußische Junkerklasse geht wirtschaftlich zu Grunde. Politisch ist sie aber um so mächtiger geworden. Die wirtschaftlich mächtige Bourgeoisie stellt seine politische Macht dar. Das Wesen der deutschen Bourgeoisie besteht darin, daß sie keine einflussreiche Bourgeoisie ist, wie es die Englands und Frankreichs ist. Der Ehrengesetz der deutschen Bourgeoisie erhält sich nur darin, in die Junkerklasse einzuhören und Offiziere zu erringen. Wir stehen heute noch bis an den Hals im Mittelalter. Die Junkerklasse erhält und verteidigt alle rückständigen Einrichtungen. Die Jünger sind die Vertreter der Reaktion auf allen Gebieten. Aus dieser Klasse kommt der Widerstand gegen alle Fortschritte. In der Sozialreform herrscht völliger Stillstand. Der einzige Fortschritt ist zu verzeichnen auf dem Gebiete des Militarismus, Marathismus und der Reichsversöhnung. (Heiterkeit.) Haben wir doch schon die dritte Milliarde Reichsschulden erreicht. (Hört, hört!) Im Kampfe für die Volksrechte stehen wir ganz allein in Sachsen. Ein Moment nur ist neu hinzugekommen: Die Entwicklung der deutisch-sozialen Reformpartei. Diese Partei trat früher als großer reformatorische Partei in die politische Arena. Aber schon 1898 konnten wir bei der Reichstagswahl den Verfall feststellen. Damals verlor sie ihre wichtigsten Positionen. Die angeblich neue Partei hat sich jetzt nicht gefeuert, mit den so sehr von ihr bekämpften Konservativen ein Wahlkompromiß abzuschließen. Antisemitismus und Konservatismus haben eine Verteilung der Jagdgründe vorgenommen. Sie unterstützen sich gegenseitig. Die Reformpartei ist jetzt hinfällig als eine konservative Partei, nur als eine konservative Partei mit größerem Maule zu betrachten. (Heiterkeit.)

Für die nächsten Reichstagswahlen lassen Sie uns schon von dieser Stunde die Agitation aufnehmen. Eine uns günstige Wahl wird einen großen Einfluss auf die politische Entwicklung des deutschen Reiches und Sachens ausüben. (Lebhafte Beifall.)

Gemeindepolitik.

Karl Riemann-Chemnitz: Über unsere Verpflichtung zur Beteiligung an den Gemeindewahlen herrscht seit Jahrzehnten Einigkeit. Nach der letzten Feststellung existieren in Sachsen 741 sozialdemokratische Gemeindevertreter, darunter 172 anjährige. In den ländlichen Gemeinden haben es unsere Genossen leichter, Erfolge zu erzielen als in den Städten, wo die Wahlbeteiligung abhängig gemacht wird von der Erwerbung des Bürgerrechtes.

Die Erwerbung des Bürgerrechtes durch Arbeiter suchen dann

die Stadträte nach Kräften zu erschweren, so der Dresdener Stadtrat, indem er in rigoröser Weise den Begriff von Selbstständigkeit und Geschäftigkeit auslegt. In Süßterlitz bei Leipzig beteiligten unsere Genossen sich zum erstenmal bei den Gemeindewahlen. Anfangs war die Abneigung gegen Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen noch nicht so groß. 1872 erklärte Rostitz-Wallwitz in der Ersten Kammer, allen Parteien, soweit sie gesetzliche Mittel anwendeten, müsse die Beteiligung am Gemeindeleben gestattet sein. Dieses Recht hätte auch den Sozialisten nicht vorenthalten werden. Durch sie werde die Gemeinde erinnert, daß es eine soziale Frage gebe. Dieses Wort sollten sich gewisse Leute hinter die Ohren schreiben.

Bei den Gemeindewahlen ist die Sozialdemokratie immer vorwärts geschritten. Aus Angst vor dem Überwuchern der Sozialdemokratie nahm der Landtag 1888/89 einige Verschlechterungen des Wahlrechts vor. Er erhöhte die Wahlmündigkeit vom 21. auf das 25. Lebensjahr und verlängerte die Korenzzeit für Bugezogene von einem auf zwei Jahre. Schon seit 80 Jahren haben wir ganz schöne Wählervölker aufzuweisen in Grimmaischau, Meissen und Glauchau. In Leipzig führte man nach Einverleibung der Vororte, die große Arbeiterschaften der Wählervolkstum ausfüllten, schleunigst das Dresdenerwahlrecht ein. Dasselbe Schauspiel erlebte man in Chemnitz. Bewundernswert war die Einfertigkeit, mit der man das Wahlrecht den Arbeitern beschafft. Mitte Dezember wurde die Wahlrechtsänderung angenommen und vor Weihnachten traf schon die Sanktion vom Ministerium ein. Sonst arbeitet das Ministerium nicht so schnell. In einem Artikel der Nummer 8 der kommunalen Praxis macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß der nördliche Teil Deutschlands die Bedeutung der Gemeindewahlrecht noch nicht so erfaßt habe, wie die Genossen in Mittel- und Süddeutschland.

Die Hauptaufgabe für uns ist deshalb, die Genossen zur praktischen Tätigkeit heranzuziehen. Zur Ausübung des Gemeindewahlermandats bedarf es der Vorwürfe und des Studiums. Auf diesem Gebiete ist in ganz Deutschland viel vernachlässigt worden, nicht nur von uns, sondern von allen Parteien, 1900 haben wir uns endlich ein Gemeindeprogramm gegeben. Bei der praktischen Arbeit der Gemeindewertertreter darf die Fähigkeit mit den Wählern nicht verloren gehen. Eine sehr dankenswerte Einrichtung sind die Gemeindewertertreter-Konferenzen. Sie haben großes Interesse und Verständnis für die Gemeindepolitik geweckt. Der Besuch derselben war geradezu großartig. Empfehlenswert erscheint es, daß die Gemeindewertertreter oft ihren Wählern Bericht erstatten. Dadurch kommt Leben in die Worte. Nachahmung verdient ein Beschluß in Görlitz, daß die Genossen der Gemeinden, die noch keine sozialdemokratischen Gemeindewertertreter besitzen, kommunale Diskussionsabende veranstalten. Zu beglücken ist, daß sich die kommunale Praxis noch zu wenig mit praktischen Fragen beschäftigt. Der Vorwurf trifft nicht die Redaktion, sondern die sozialdemokratischen Gemeindewertertreter. Wir müssen uns alle mehr als Mitarbeiter der kommunalen Praxis fühlen.

Nach einer Polemik gegen Paul Hirsch-Charlottenburg, der wegen Streichung einiger selbstverständlicher Sätze das sächsische Kommunalprogramm abschafft kritisiert hatte, empfiehlt Redner Annahme dieser Resolution:

Auf Grund des Gemeindewahlprogramms für Sachsen erklärt die sozialdemokratische Landeskongress es für eine Pflicht aller Parteigenossen, sich an den diesjährigen Gemeindewahlen regen und lebhaft zu beteiligen.

Keller-Dresden: Obgleich das Dresdener Gemeindewahlrecht uns günstig zu sein scheint — es ist ein gleiches, direktes und geheimer — haben wir nichts erreicht. Einmal liegt das an dem Unkenntnis und dann an den Schwierigkeiten, die der Stadtrat den Arbeitern bei der Bürgerrechtsvergabe in den Weg legt. In betreff der Unbefriedigung ist es gelungen, endlich eine Oberverwaltungsergebnisentscheidung zu erlangen, durch die der Dresdener Rat ins Unrecht gesetzt ist. Unsere Stimmzahl ist stetig gewachsen. Die Einverleibungen berechtigen uns zu der Hoffnung, später mehr Erfolge zu erreichen. Vor der Hand suchen wir jeden Genossen zur Bürgerrechtsvergabe zu bestimmen. Ob ein Wahlkompromiß möglich sein wird, muß die Zukunft lehren. Was in unseren Kräften steht, soll geschehen, um einen Wahlgang herbeizuführen.

Menn-Dresden: Die Redaktion der kommunalen Praxis weiß sehr wohl, daß das Blatt noch Mängel hat. Die Mängel können aber dadurch beseitigt werden, daß Sie mehr als bisher mit dem Blatt in Verbindung treten. Im Namen des Genossen Sibellum fordere ich Sie zur Mitarbeiterchaft auf. Jeder Beitrag wird mit Dank angenommen. Schlechte Stillierung ist kein Grund, von einer Aufschrift abzusehen. Die Redaktion verbessert solche Schreibfehler.

Gellenberg-Hartha empfiehlt den sozialdemokratischen Gemeindewertertretern, bei Wahlen von Gemeinbediensteten sich nach dem politischen Vorwürfe des Mannes zu erkundigen und wenn er ein Sozialdemokrat war, ihm ihre Stimme vorzuenthalten. Die Konservativen und Antirepublikaner, die immer behaupten, in den Gemeindewertertreten dürfte nicht Politik getrieben werden, möge man an die Blumenaktion der Dresdener Stadtverordneten für den Ministerpräsidenten Stöckel erinnern.

Sindermann schlägt vor, den sozialdemokratischen Gemeindewertertretern, die ohnehin ihre Arbeit unentwegt versäumen, ein Freispiel vor der kommunalen Praxis zu überweisen.

Menn-Chemnitz hebt hervor, daß wenn die Wahlbeteiligung nicht jedes Jahr erfolge, das Interesse der Wähler erlahme. (Befürwortung)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Wahl des Ortes für das Zentralkomitee.

Der Sozialdemokratische Verein für den 16. Reichstagswahlkreis beantragt, den Sitz des Zentralkomitees von Dresden zu versetzen. Parteigenossen in Leipzig beantragen, den Sitz des Zentralkomites nach Leipzig zu verlegen.

Langer-Chemnitz: Maßgebend für den ersten Antrag war die Petition. Wir beantragen den Sitz zu verlegen, damit die Genossen in Dresden sich wieder sammeln können und mehr Ruhe bekommen. (Herrlichkeit.) Selber Zeit wurde die Verlegung nach Dresden damit begründet, daß das Zentralkomitee in bauernder Fühlung mit der Landtagsfraktion bleiben müsse. Der Grund fällt jetzt weg. (Herrlichkeit.) Mein Vorschlag ist, den Sitz des Zentralkomitees nach Chemnitz zu verlegen. Die Chemnitzer Genossen haben schon früher den Posten zu allgemeiner Zufriedenheit ausgefüllt. Ueberdies sind in der letzten Zeit von den Agitationskomitees Klagen über Sindermann geäußert worden. Die Verlegung ist notwendig, damit die Dresdener ihre Nerven beruhigen. (Herrlichkeit.)

Pinsius-Leipzig empfiehlt den Leipziger Antrag zur Annahme. Das gespannte Verhältnis zwischen Leipzig und dem übrigen Sachsen sei vorüber. Die Verlegung des Zentralkomitees nach Leipzig werde wieder die Genossen an Zusammenarbeit gewöhnen und gutes Einvernehmen stiften.

Menn-Dresden meint, daß die Haltung der Leipziger in der Frage der Wahlbeteiligung nicht die Gewähr biete, daß das Leipziger Zentralkomitee in die Agitation zu den Wahlen mit der erforderlichen Wucht eintreten werde. (Widerspruch der Leipziger.) In Leipzig seien die wünschenswerten Verhältnisse noch nicht völlig hergestellt. Die Opposition gebe im geheimen weiter. Für die Behauptung, daß Beschwerden gegen Dresden vorliegen, sei Langer den Beweis schuldig geblieben. Derartige Beschwerden hätten beim ersten Punkt der Tagesordnung vorgebracht werden müssen. Dort hätte aber niemand Beschwerden vorgebracht.

Haaf-Dresden: Die Begründung der Anträge ist sehr mangelhaft. Nach Pinsius scheinen die Leipziger das Zentralkomitee als Besserungsanstalt aufzufassen. Die Verlegung des Sitzes des Zentralkomites von Dresden ist ein Haushaltssatz in das Gesicht der Dresdener Genossen. Dresden ist der traditionelle Sitz des Zentralkomites, wie Berlin derjenige des Parteiwohntages.

Beyer-Leipzig erwidert ziemlich gereizt dem Vorredner. Unter

sich hätten die Leipziger Genossen nie Streit gehabt. Die Haltung in der Frage der Landtagswahlbeteiligung würde hier nicht den Ausschlag geben. (Burk Haaf: Aber die Petition soll den Ausschlag geben.)

Menn-Chemnitz erklärt, die Dresdener betrieben alles zu pomadig. Sindermann sei so beschäftigt, daß man ihn von der Arbeit des Centralkomitees entlasten müsse. Die Melioralese von Leipzig lasst noch nicht auf endgültige Heilung schließen. (Herrlichkeit.)

Hepner-Görlitz spricht für Dresden, obgleich er Sindermann nicht sympathisch gegenübersteht.

Sindermann-Dresden: Glauben Sie nicht, daß ich eine Lanze für die Verhinderung Dresdens einlegen werde. Ich brauche nicht für mein Gehalt wie ein Minister zu kämpfen. Ich habe gestern erfuhr, Beschwerden gegen das Centralkomitee vorzubringen. Niemand melde sich. Heute kommt nun Langer und stellt die Behauptung auf, die Agitationskomitees hätten sich über mich beschwert. Auf der Landeskongress, die kleine Volksversammlung ist, sollte man seine Worte besser abwarten. Wenn gelingt es, Dresden gebe keinen Rückhalt für das Centralkomitee, so welse ich daraus hin, daß Dresden seit 1898 eine sozialdemokratische Hochburg ist. Bei den Wahlen schließen die Dresdener aus eigener Kraft einen ganzen Wahlkreisplex mit sich. Unter solchen Umständen kann Dresden allerdings nicht mit großen Summen prunkieren, die es nach Dresden sendet. Man wirkt auf Dresden vor, wie seien zu pomadig. Ich gebe zu, daß der Boden in Leipzig heiter ist und Ihr revolutionär sei. Nun kommt ja auch noch die Rosa Luxemburg zu euch. (Herrlichkeit.) Mit ihren Erfolgen brauchen aber die Dresdener hinter niemandem zurückzustehen.

Gradnauer meint, wenn man die Dresdener wegen der Petition strafen wolle, so möge man ihnen das Centralkomitee belassen. Das Centralkomitee mache Arbeit und Mühe genau. (Herrlichkeit.) Nach unwesentlichen Ausführungen von Pinsius, Langer, Klemm, Häble schreitet man zur nominellen Abstimmung. Der Antrag, den Sitz des Centralkomitees von Dresden zu verlegen, wird mit 46 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Dafür stimmen: Frieder Langenbuch-Plauen, Ottomar Gottschalk-Böhni, Karl Demmler-Geyer, Emil Mennemann, Heinrich Lorenz, Albin Langer, Hermann Kraus, sämtlich in Chemnitz; ferner die Leipziger: Richard Beyer, Karl Molter, Emil Moth, Heinrich Lehmann, Karl Pinsius, Otto Kressin; Max Müller-Burzen; Arthur Schwerdt-Müggen; Seifert, Johannes, Orbel-Leipzig; Häble, Hauswald, Mennemann-Chemnitz; Reichstagsabgeordneter Beyer-Leipzig.

Reichstagsabgeordneter Auer enthält sich der Stimme.

Zum Ort der nächsten Landeskongress wird Mittweida gewählt.

Schluss.

Menn spricht den Melchner Genossen für ihre große Mithilfe und Gastfreundschaft herzlichen Dank aus und dankt auch dem Präsidium für die meisterhafte Geschäftsführung.

Vorstander Lorenz-Chemnitz: Wir sind nunmehr am Schlusse unserer Beratungen angelangt. Wenn gestern der Genosse Goldstein in seinem vorzüglichen Referat bemerkte, daß wir uns als das Arbeiterparlament Sachsen betrachten dürfen, so dürfen wir wohl mit Recht ihm beipflichten. In ernster und würdiger Weise haben wir hier gestagt. Das Arbeiterparlament hat über das Geldsackparlament zu Gericht gesessen. In der Bewertung des herrschenden Landtagswahlrechts sind wir einmütig gewesen. Wir haben Ausschau gehalten nach dem großen Tag der Abrechnung: dem Tage der Reichstagswahl. Was wir in Bezug gezeigt haben, umfaßt das ganze öffentliche Leben Sachsen und ich hoffe, daß die Beschlüsse angehant sein werden, dem Wohle des Volkes und der Partei zu dienen und unsere Agitation und Organisation — die sozialdemokratische Wunschkurve — zu festigen. Wir können mit Bestredigung auf unsere Arbeiten zurückblicken. Mögen die Beratungen dazu dienen, uns unser Ziel näher zu rücken. Ich schließe die Landeskongress mit dem Ruf: Die deutsche Sozialdemokratie sie lebt hoch, hoch, hoch!

Die Delegierten stimmen freudig in den Ruf ein.

Am Nachmittag besichtigen die Delegierten unter Führung der Melchner Genossen die Albrechtsburg.

Der Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

heist vom 28. bis 30. März seinen 2. Verbandstag im Gewerkschaftshaus zu Berlin ab. Außer den Vertretern des Hauptvorstandes sind 18 Delegierte anwesend, welche 21 Wahlstellen vertreten.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattet Frau P. Thiede-Berlin, dem zu entnehmen ist, daß der Verband, der bei Gründung 1898 1207 Mitglieder zählte, gegenwärtig 2100 Mitglieder zu verzeichnen hat. In verschiedenen Druckstädten hat der Verband festen Fuß gesetzt.

Den Jahresbericht erstattet Bobalj-Berlin. Er bespricht, daß infolge der Krise die Arbeitslosenunterstützung sehr in Anspruch genommen ist, die Kosten aber trotzdem mit einem Bestand von über 9500 Mk. abgeschlossen hat, was bei erst 8-jährigem Bestehen und den minimalen Beiträgen nicht zu unterschätzen ist. Dem Hauptvorstand wurde nach kurzer Diskussion Decharge erteilt.

Als Vertreter der Generalkommission ist Legien-Hamburg, als Vertreter der Steindrucker und Lithographen Jansen-Berlin anwesend.

Hierauf gaben sämtliche Delegierte nacheinander Berichte über die Situation in ihren Wahlstellen, aus denen hervorgeht, daß in verschiedenen Orten die Organisation nur durch die thätige Mithilfe der Buch- und Steindrucker aufrecht erhalten werden kann, da sich in den Reihen der Hilfsarbeiter nicht überall die nötigen Kräfte für die Leitung finden. Gut aufgebaut ist die Organisation in Berlin, die dies ihrer im Jahre 1900 stattgefundenen günstig verlaufenen Wahlbewegung zu verdanken hat. In Berlin sind allein 600 Arbeiterinnen im Verband organisiert, die einen eigenen Arbeitsnachweis unterhalten.

Die Sonnenabstimmung begann mit der Statutenberatung; es wurde zunächst beschlossen, den Titel des Verbandes zu ändern. Es lautet jetzt: Verband der Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Diese Änderung wird damit begründet, daß auch der Steindrucker-Hilfspersonal Interessen in diesem Verband gewahrt werden sollen. Nach sehr eingehender sozialer Debatte ist der Beitrag zum Verband auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt und die Arbeitslosenunterstützung dementsprechend erhöht worden. Der Kommissionsvorschlag, bei einer Karentzeit von 52 Wochen pro Tag 10 Pf., bei einer solchen von 104 Wochen pro Tag 85 Pf., auf die Dauer von 10 Wochen zu zahlen, fand einstimmige Annahme. Auch ist den Ortsverwaltungen gestattet, zur Regelung der örtlichen Verhältnisse einen Zuschlag zu erheben. Der Antrag Leipzig, bei Maßregelung eine höhere Unterstützung als bei Streiks zu gewähren, rief eine rege Debatte hervor, der Antrag wurde angenommen, danach beträgt die Unterstützung für Gemahrengatte zwei Drittel des Lohnes.

Der Schluss der Sonnenabstimmung bleibt die Vorsitzende bekannt, daß am Ostermontag das Denkmal des verstorbenen Gen. Wilhelm Liebknecht enthüllt wird; der Verbandstag beschließt, eine Stunde länger zu tagen und der Enthüllung beizuhören.

Die Statuten, zu denen noch viele Abänderungsanträge vorliegen, werden einer Kommission von 5 Mitgliedern überwiesen, weil einige Delegierte am 31. März vormittags abreisen müssen. Genosse Legien-Hamburg wendet sich gegen eine Aufnahmestellung der Wahlstelle Berlin II, die besagt: Aufnahme findet nur, wer länger als ein halbes Jahr in Druckereien beschäftigt ist und mindestens 18 Mk. Lohn erhält.

Legien führt aus, daß es mit den Grundsätzen der modernen Gewerkschaften nicht vereinbar ist, derartige Bestimmungen im Statut festzulegen. Gerade für den minder Bezahlten habe die Organisation als Kampfsorganisation einzutreten; Schulze betont,

dass wenn die Kollegen erst auf eigene Faust einen bestimmten Lohn erlangen müssen, um aufgenommen zu werden, so verliert die Gewerkschaft an Bedeutung. Eine Resolution, die dem entgegentritt, findet Annahme. Zur Presse findet ein Antrag Annahme, wonach der Erscheinungstag nicht mehr der Sonntag, sondern der Freitag sein soll.

Der Antrag, den nächsten Verbandstag in Hamburg abzuhalten, wird abgelehnt, dagegen Sachsen als Mittelpunkt in Verhandlung gebracht; der Tagungsort wird jedoch erst 1½ Jahr vor Erscheinung fest bestimmt. Als Vorsitzende ist Paula Thiede gewählt, die gleichzeitig die Redaktion mit übernimmt, als Kassierer O. Bobalj, beide in Berlin.

Zur Prüfung von Beschwerden in Prehangelegenheiten wählen die Mitglieder am Ort des Drucks eine dreigliedrige Kommission. Über einen Antrag auf Einführung von Invalidenunterstützung wird zur Tagesordnung übergegangen. Im Schlußreferat führt die Vorsitzende aus, daß die diesjährigen Verhandlungen weit lebhafter und ausgiebiger geführt sind als vor drei Jahren. Mancher, der für einen Verbandsgegner gehalten war, ist mit großer Wärme ihr den Verband eingetreten. Ein dreitägiges beschloß den Verbandstag.

Osterkongress der schweizerischen Arbeiterchaft.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die Osterstage dieses Jahres sind für die schweizerische Arbeiterchaft richtige Kongreßtage. Eine Reihe gewerkschaftlicher Centralverbände halten ihre Verbandstage (Delegiertenversammlungen) ab, so die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Giesserei und Maler. Die schweizerischen Arbeiterinnenvereine treten ebenfalls zusammen und einlich finden — und diese beiden "Tage" verbinden das meine Interesse — der Allgemeine Gewerkschaftskongress und der schweizerische Arbeiterkongress statt.

Der Kongress des schweizerischen Gewerkschaftsbundes steht in der Hauptfrage organisiatorischer Natur zu behandeln haben. Wir haben, als vor fünf Jahren der seither leider verstorbene Genosse Albert Stiel seine interessante Arbeit über das schweizerische Gewerkschaftswesen veröffentlichte, im Anschluß an die Versprechungen dieser Arbeit auf die verschiedenen Arbeiten hingewiesen, die nach unserer Ansicht dafür zu sprechen schienen, daß die Entwicklung des schweizerischen Gewerkschaftswesens, die bis dahin in Richtung einer energischen Centralisation gegangen war, langsam, aber unverkennbar, eine entgegengesetzte Richtung, die Richtung zur Decentralisation, einschlagen werde. Das heißt mit anderen Worten, daß das Gewerkschaftsamt der gewerkschaftlichen Bewegung in der Schweiz, das bis dahin unbestrittenenmaßen im Gewerkschaftsbund verblieben war, allmählich auf die beruflichen Centralverbände übergehen werde. Diese Entwicklung hat sich rasch vollzogen, als man hatte voraussehen können. Schon der Winterthurer Gewerkschaftskongress (1900) sah sich vor die Frage einer Neorganisations des Gewerkschaftsbundes gestellt, durch welche dem energischer sich geltend machenden Streben der Centralverbände nach größerer Bedeutung im gewerkschaftlichen Leben Rechnung getragen werden soll. Diese Entwicklung blieb nicht stehen. Und heute liegt ein Antrag des Centralverbands der Maler und Giesserei vor, welcher geradezu die Auflösung des bisherigen Gewerkschaftsbundes und seine Ersetzung durch einen Bund der Centralverbände mit nahe unbestreitbarer Selbständigkeit der Arbeitervereine verlangt. Dieser Bund hätte an der Spitze ein aus drei fest besoldeten Mitgliedern bestehendes Komitee, dem die Vollziehung des Befehles des Bundes in Bezug auf die Wahrung allgemeiner wirtschaftlicher Interessen, die Beobachtung der wirtschaftlichen Vorgänge, die Errichtung und statistische Feststellung der Lage der Arbeiter, und endlich die Leitung der gewerkschaftlichen Agitation obliegen würde. Das heute mit ziemlich umfassenden Kompetenzen ausgestattete Bundeskomitee wäre also nach diesem Vorschlag nie noch ein vollziehendes und beratendes Organ. Daß die Errichtung des Gewerkschaftswesens an dieser Fördererorganisation hindringt, ist unverkennbar, wenn man sich vielleicht auch die Ausgestaltung dieser Organisation in anderer als der von den Malern und Giessern vorgeschlagen Form denken kann. Gleichermaßen ist vorauszusehen, daß der Antrag der Maler vom Gewerkschaftskongress nicht angenommen wird. Auch im Leben der Arbeiterorganisationen spielen eben Tradition und Gewohnheit eine große Rolle. Aber doch zeigt die bisherige Diskussion der Kongreßvorsitzenden in den Gewerkschaften, daß eine starke Stimmengabe dem tief einschneidenden Neorganisationsplan heute schon sicher ist.

Von hoher Bedeutung für die schweizerische Arbeiterchaft sind auch die Verhandlungen des schweizerischen Arbeiterkongresses. Als Hauptfraktandum ist die Frage der Revision der Haftpflichtgebotung vorgeesehen. Diese Revision ist dringend von nötig und die Anträge, welche Adolphe Heinrich Scherer (St. Gallen), eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete des Haftpflichtwesens, dem Arbeitertag vorlegt, würden, wenn sie Verwirklichung fänden, eine gewaltige Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse bedeuten. Zu dieser Forderung dürften diese Anträge auf dem Arbeitertag nicht viel wider.

Um so heftiger dagegen werben die Geister bei der zweiten auf der Tafel anliegenden stehenden Frage, der Frage der Neutralität der Gewerkschaften, aufeinanderprallen. Die Führer der katholischen Arbeiter zum Beitreten in die Gewerkschaften zu veranlassen, wenn der Gewerkschaftsbund sich parteipolitisch und religiös neutral erkläre, nicht eingelöst. Sie haben im Gegenteil — im offenen Gegensatz zu diesen Versprechen und zu der